

Leverkusen-Dhünnaue: BAYER saniert,
die Zeitbombe tickt weiter S.9

tick

tick

8. Jg. April 1990 Nr. 2

STICHWORT

Informationen der Coordination gegen BAYER-Gefahren

BAYER

BAYER's "Dhünnaue" in Schleswig-Holstein S. 8 Insektizid-Regen in Griechenland S. 14
Kampfstoffe in den Iran? Staatsanwalt ermittelt S. 19 Brasilien: Wiedereinstellung erreicht! S. 20
Verstößt BAYER gegen australische Gesetze? S. 23 Bilanz '89: 4,1 Mrd. DM Gewinn S. 25



Hubert Ostendorf, Redakteur
von "Stichwort: BAYER"

Liebe Leserin, lieber Leser,

totschweigen ist seit eh und je BAYER's Patentrezept im Umgang mit der Kritik der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren'. Und das nicht etwa, wie man meinen könnte, weil unsere Kritik "irrelevant", "nicht zutreffend", "banal" o.ä. wäre, sondern im Gegenteil, unsere Arbeit dem Konzern mehr als "ein wenig Kopfschmerzen" bereitet. Und so kommt es, daß das Schweigen von BAYER zu unseren Veröffentlichungen und kritischen Anmerkungen im krassen Gegensatz zum Medienecho steht, das unsere Arbeit immer wieder findet.

Sowar es auch wieder bei der von der von uns in Kooperation mit der 'Missionszentrale der Franziskaner', den BAYER-KollegInnen von der Betriebsratsliste der 'Durchschaubaren' und anderen initiierten Solidaritäts- und Öffentlichkeitskampagne zur Verbesserung der skandalösen Verhältnisse bei BAYER in Brasilien und Peru. Schlagzeilen wie "Repression statt Lohn" und "Knast und Rausschmiß bei BAYER DO BRASIL" machten die Runde. Das WDR-Mittagsmagazin schaltet gar eine Leitung nach Brasilien, über die Betroffene vor Ort die schwerwiegenden Vorwürfe gegen die menschenfeindlichen Praktiken des Konzerns persönlich vortragen konnten. Rufe nach Wiedereinstellung der Entlassenen sowie nach gerechter Entlohnung der KollegInnen wurden immer lauter.

Haben etwa Chefredakteure und Programm Direktoren ihre ansonsten in vermeintlicher öffentlich-rechtlicher Ausgewogenheit verlorene Sehfähigkeit auf dem linken Auge wiedererlangt? Hat sich ihre Angst vor der Macht des Chemiemulti's BAYER in Luft aufgelöst? Mitnichten! Das Geheimnis der Präsenz der Kampagne in den Medien liegt im Netzwerk-Charakter der Coordination begründet. Es liegt an der Zahl der Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die im Rahmen

der Aktionen aktiv geworden sind: Petitionen, offene Briefe, Telegramme, gewerkschaftlicher Protest trotz unsolidarischer Haltung der IG CHEMIE-Leitung, christliche Empörung, Presseerklärungen, ausführliche Berichterstattung in 'Stichwort: BAYER', mehrere überaus erfolgreiche Spendenaktionen, Flugblätter für die KollegInnen an den BAYER-Standorten NRW's, internationale Solidarität usw. ... und nicht zuletzt die Kraft und das Durchhaltevermögen der Betroffenen vor Ort.

Die Arbeit hat sich gelohnt! Ein erster Teilerfolg konnte erzielt werden. Die entlassenen Gewerkschaftsführer in Brasilien sind wieder eingestellt worden.

Freilich nicht aus Menschenfreundlichkeit heraus. Der "imageschädigenden Kampagne", so sickerte bereits vor einer offiziellen Stellungnahme des BAYER-Konzerns durch, sollte endlich der Wind aus den Segeln genommen werden. Die "Kritik in Deutschland" - so Äußerungen in Brasilien - sollte endlich zum Schweigen gebracht werden. - So funktioniert internationale Solidarität.

Daß die Arbeit der 'Coordination' und der mit dem Netzwerk verbundenen Aktiven den Ausschlag für den Kniefall von BAYER gegeben haben mag, macht deutlich, daß noch vor kurzem der Vorstandsvorsitzende Strenger sich genötigt sah, hohen Managern des Unternehmens Rechenschaft über die Praktiken in Lateinamerika abzugeben. Freilich ohne dabei ein Verschulden des Konzerns zuzugeben. Schuld an allem hätten vielmehr die "politischen Gegner", wie er sich ausdrückte ohne die 'Coordination' beim Namen zu nennen.

Der erste Erfolg darf nicht über die noch ausstehenden Probleme hinwegtäuschen. Noch immer sind peruanische KollegInnen entlassen. Noch immer steht eine Anpassung der Löhne an die immens hohen Inflationsraten der beiden lateinamerikanischen Länder aus.

Und schließlich bleiben die großen Umweltprobleme, nicht zuletzt hervorgerufen durch den BAYER-Konzern, in nahezu allen Ländern der Erde. Stichworte: Gentechnik, Luftverschmutzung, Wasserverseuchung, Pestizide, Kampfstoffe, gefährliche Pharmaka ... usw..

Die Brasilienarbeit hat immerhin wieder einmal vor Augen geführt, daß öffentlicher Druck, sofern er ausdauernd entwickelt wird, sich auszahlen kann. Ermutigung und Ansporn zum Weitermachen!

Siehe auch Artikel „Wiedereinstellung erreicht“ S. 20

Impressum

Herausgeber

Coordination gegen BAYER-Gefahren e. V.
Aktiv für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER - weltweit.
Hofstr. 27 a
D-5650 Solingen 11
(0)212 - 334954

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das von dem multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multi's kritisch begleitet.
Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen.

Je ein Exemplar von "Stichwort: BAYER" wird dem Vorstand der BAYER AG, Kaiser-Wilhelm-Allee, 5090 Leverkusen, übersandt. Leserinnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in "Stichwort: BAYER" behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Verlag
Eigenverlag

Redaktion

Stichwort: BAYER
Informationen der
'Coordination gegen BAYER-Gefahren' Jägerstr. 78
D-4000 Düsseldorf 1
(0)211 - 2292601

Erscheinungsweise
6 x jährlich

V.i.S.d.P.
Axel Köhler-Schnura
Hubert Ostendorf

Layout

Christoph Hill
Frank Hockemeyer
Sike Kröger
Heike Witt

Satz
Ökonzept Düsseldorf

Druck
Moosdruck, Leverkusen

Anzeigen

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01. Januar 1990

Nachdruck

Der Nachdruck von Artikeln aus "Stichwort: BAYER" ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und Belege übersenden.

Bankverbindung
Ökobank Frankfurt
Kto. Nr.: 17 96 12
BLZ 500 901 00

Aktiv.....	4
Belegschaft/ Arbeitsplätze.....	6
Dritte Welt.....	20
Gen-/ Biotechnologie.....	11
Giftmüll.....	8
Imperium.....	24
In eigener Sache.....	6
Kampfstoffe.....	19
Kirche.....	28
Kunststoffe.....	16
Ökonomie.....	25
Pestizide.....	13
Pharma.....	13
Politik.....	27
Propaganda.....	27
Prozeß.....	6
Standorte.....	22
Umweltgifte.....	17
Unfälle.....	8
Wasser.....	20
Wissenschaft/ Forschung.....	27

STICHWORT

Inhalt

BAYER

Aktiv..... Relevanzhaft/

Japanische AIDS-Patienten gegen BAYER

In Japan streiten insgesamt 21 AIDS-Infizierte und Verwandte von zum Teil schon Verstorbenen vor einem Gericht in Tokio um Entschädigungen in Höhe von 11,5 Mio. US-Dollar. Die AIDS-Infektion ist Folge der Behandlung mit sog. Faktor-VIII-Blutgerinnungskonzentraten, die diverse Firmen, darunter die japanische BAYER YAKUHIN Ltd., zur Behandlung der Hämophilie angeboten hatten. Die KlägerInnen werfen den Firmen vor, daß diese, obwohl sie die AIDS-Infektion hätten vorausschen können, ihren Pflichten hinsichtlich der Produktsicherheit vernachlässigt haben.

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' hat sich an die japanischen Opfern gewandt und Hilfestellung angeboten. □

DBV:

Industriegesellschaft an ökologischer Schwelle

Wir bräuchten "eine völlig neue Zivilisation", forderte der Zukunftsforscher Robert Jungk. Denn: "Wir sind am Ende der Industriegesellschaft. Das ist ein tiefgreifender Prozeß."

Anlässlich seines 90jährigen Bestehens lud der 'Deutsche Bund für Vogelschutz' (DBV) Ende 1989 zu einer Podiumsdiskussion nach Stuttgart unter dem Motto "Die Industriegesellschaft an der ökologischen Schwelle".

Klar, daß auch BAYER nicht fehlte. Vorstandsmitglied Prof. Eberhard Weise offerierte die neue Pseudo-Offenheit des Konzerns: BAYER sei zu einer "gläsernen" Chemie bereit. Darauf fiel aber Prof. Jungk nicht herein. Er hielt seine Vorwürfe an BAYER aufrecht.:

Prof. Altner forderte ein Totalverbot gefährlicher Schadstoffe, Ökosteuern auf unverzichtbare belastende Produkte, ein ökologisches Strafrecht, die Umkehr der Beweislast im Umweltrecht sowie ein Umdenken bei der Müllverbrennung. Der Präsident des Umweltbundesamtes hingegen meinte, auf die Verbrennung könne vorerst nicht verzichtet werden. Prof. Simonis verlangte vom Gesetzgeber Umweltverträglichkeitsprüfungen, auch für

Produkte, die noch nicht auf dem Markt sind. Er bemängelte, daß die Politik dem gesellschaftlichen Bewußtsein, das schon 1971 für eine weitgehende Ökologisierung war, hinterherhinke. □

Umgeben von BAYER

Einige Düsseldorfer Mitglieder der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' haben die Initiative ergriffen und in Zusammenarbeit mit dem BUND und den Grünen eine Veranstaltungsreihe organisiert:

13.03.90: **Trinkwasser in Gefahr - Pestizide bedrohen unsere Gesundheit**

03.04.90: **Der Rhein - eine Chemiemüllkloake! Auch heute noch?**

24.04.90: **BAYER forscht für die Zukunft. Gentechnologie im Interesse des Konzerns.**

15.05.90: **Extraprofite auf dem Rücken der Armen. Ausbeutung am Beispiel von BAYER in Brasilien und Peru.**

05.06.90: **BAYER geht uns alle an! Kein täglicher Bedarf ohne BAYER-Chemie.**

Die Veranstaltungen beginnen jeweils um 20.00 Uhr.

Veranstaltungsort: BUND-Zentrum, Schmiedestr.43, 4000 Düsseldorf □

Plastiksteuer gefordert

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert von der Industrie die Nachzahlung einer halben Mrd. DM an Mineralölsteuer, die zweckgebunden für die Entwicklung von Vermeidungs- und Recyclingstrategien für Altkunststoffe verwendet werden soll. Hintergrund dieser Forderung ist der Einsatz von Mineralöl bei der Kunststoffproduktion. Andreas Fußer, abfallwirtschaftlicher Sprecher des BUND: "Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, daß jeder kleine Konsument für Heizöl oder Benzin Mineralölsteuer bezahlen muß, die Hauptverantwortlichen für die Müllmiserie dagegen keinen Pfennig, obwohl die Gewinne der chemischen Industrie geradezu explodieren."

Plastikabfälle machen mittlerweile zwischen 17 und 19 % vom Hausmüll aus. Recyclet wird so gut wie gar nichts. Dabei wäre das im Falle von POLYETHYLEN und POLYPROPYLEN, im Gegensatz zu dem berüchtigten POLYVINYLCHLORID (PVC), dessen striktes Verbot immer mehr Umweltschutzor-

ganisationen fordern, durchaus möglich. Die Verbrennung von Kunststoffen lehnt der BUND wegen der Risiken für Mensch und Natur ab.

BAYER ist einer der größten Kunststoffproduzenten der Welt. Kassenschlager sind dabei die Kunststoffe aus POLYURETHAN, über deren Umweltverhalten es bisher nicht viele Erkenntnisse gibt. Die BAYER-Tochter WOLFF in Walsrode arbeitet als größte Herstellerin von Kunststoff-Folien auch mit PVC.

Aktionsmaterialien zur BUND-Kampagne sind beim BUND, Im Rheingarten 7, 5300 Bonn, erhältlich. □

Ärzte aktiv gegen Tierversuche

Tierversuche sind nicht nur grausam und unethisch, sondern zudem unwissenschaftlich. Sie gehören im Interesse von Mensch und Tier abgeschafft und durch sinnvolle ökologische Verfahren ersetzt. Dennoch halten naturwissenschaftlich orientierte Forschung und Medizin sowie nicht zuletzt der BAYER-Konzern zwingend am Dogma des Tierversuches fest. Denn, so die Begründung, das tierexperimentelle Modell erlaube eine Übertragung auf den Menschen hinsichtlich Krankheiten, neuer Medikamente, Impfstoffe, operativer Techniken usw..

Die Vereinigung 'Ärzte gegen Tierversuche' mit Sitz in Frankfurt sieht in diesem Denkschema einen "Hemmschuh für eine echte Weiterentwicklung der Medizin" in einer "mit Tierleichen gepflasterten Sackgasse". Die heutige, auf der Basis von Tierexperimenten entstandene Medizin ist gekennzeichnet von kaum mehr finanzierbaren Spitzentechnologien auf der einen sowie Gefährlichkeit und Unwirksamkeit bei wirklich bedeutenden Krankheiten auf der anderen Seite. Hinzu kommt, daß die Ursachen unserer sog. Zivilisationskrankheiten weitgehend geklärt und durch eine vorsorgende Gesundheitspolitik besser als durch z. T. aggressive Reparaturmechanismen beeinflussbar sind.

Die medizinischen Systeme aller vorangegangenen Epochen haben stets versucht, zu einer ganzheitlichen Sichtweise des Menschen und seiner Erkrankungen zu gelangen. Erst die moderne Medizin hat mit ihrer einseitigen Orientierung am Tier als Modell zu einer verkürzten Sicht geführt, bei die Defekte der "Biomaschine Mensch" lediglich symptomatisch therapiert werden.

Tierversuche bieten, entgegen allen

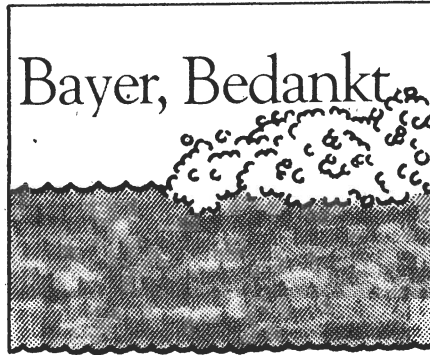
Beteuerungen von BAYER und anderen Anwendern, keine Sicherheit vor Arzneimittelschäden. Das belegt eine lange Liste von Katastrophen: CONTERGAN, EDRUL, ASPIRIN JUNIOR... usw..

Auch die ökologische Krise ist Ausdruck der Tatsache, daß der Mensch die modernen Techniken letztlich nicht im Griff hat. Testsysteme mit dem Tier als "Wegwerf-Meßinstrument" täuschen eine trügerische Sicherheit vor, die sich häufig im Nachhinein als gerechtfertigt erweist. Stichworte: Dünnsäure, Pestizide, Pharmaka, FCKW.

So gesehen betrachten sich die 'Ärzte gegen Tierversuche' zunehmend als Teil der ökologischen Gesamtbewegung. Mit der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' besteht eine Zusammenarbeit in einigen relevanten Bereichen. □

'Stiftung Naturreichtum' (NL) gewinnt gegen BAYER

Bei der niederländischen 'Stiftung Naturreichtum' glaubte man, seine Augen nicht zu trauen. Ausgerechnet das von BAYER NIEDERLANDE BV vertriebene Mittel PYRETHRUM FLÜSSIG ist mit dem Prädikat "umweltfreund-



De Stichting Reinwater beoogt door middel van juridische processen, voorlichting en publiciteit, het water in en om Nederland schoon te krijgen.

Dat werk kunt u actief en minder actief ondersteunen. Actief door lid te worden en mee te doen. Minder actief d.m.v. gironummer 7 33 44.

Stichting Reinwater

Vossiusstraat 20,
1071 AD Amsterdam, 020-7193 22

Übersetzung: Die Stiftung Rheinwasser beabsichtigt, durch Mittel für juristische Zwecke, Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit das Wasser in und um die Niederlande sauber zu bekommen. Dieses Werk können Sie mehr oder weniger aktiv unterstützen. Aktiv durch Mitgliedschaft, weniger aktiv durch eine Spende.

lich" ausgezeichnet. Nach Meinung der Umweltschutzorganisation ist dies irreführend, dient das Mittel doch dazu, Organismen abzuwehren oder gar zu töten.

Die Stiftung klagte bei der niederländischen "Reklame Code Commission". Und gewann. BAYER darf in den Niederlanden PYRETHRUM nicht mehr als "umweltfreundlich" bezeichnen. Auch darf das Mittel nicht mehr in Zusammenhang mit Birnen oder Äpfeln abgebildet werden. Hinweise auf seine geringe Giftigkeit sowie Bienenfreundlichkeit müssen zukünftig unterbleiben. □

Aktiv gegen Tierversuche

Kaum eine Seife, ein Duftwässerchen, eine Creme und erst Recht schon kaum ein Medikament, das nicht ohne Tierversuche hergestellt worden wäre. Dabei ist der Nutzen dieser Tierquälerei mehr als umstritten. So mußte etwa auch das BAYER-Präparat EDRUL trotz vieler Tierversuche wegen schwerwiegender Nebenwirkungen vom Markt genommen werden.

Der über 7'000 Mitglieder starke Verband der 'Tierversuchsgegner NRW' fordert schon lange ein gesetzliches Verbot von Tierversuchen, nicht nur aus methodenkritischen, sondern auch aus ethischen Gründen. Für die Sachkompetenz sorgt ein Wissenschaftsbeirat, dem

Anzeige

WUßTEN SIE SCHON...

daß es eine Vereinigung
"ÄRZTE GEGEN TIERVERSUCHE" e. V.
gibt?

Es sollte Sie interessieren, warum auch Ärzte gegen
Tierversuche sind!

Schreiben Sie, oder rufen Sie uns an. Wir schicken
kostenlos Informationsmaterial.

Geschäftsstelle:

Nußzeil 50 * 6000 Frankfurt 50 * Telefon 0 69 / 51 94 11

**Vereinigung
„Ärzte gegen Tierversuche“ e.V.**

Amtlich als gemeinnützig und besonders förderungswürdig anerkannt

u. a. Theologen, Ärzte, Biologen, Chemiker, Juristen und Pädagogen angehören. "Es gilt, eine Vernichtung dieser Welt durch chemische, am Tier 'getestete' Stoffe, die sich nicht nur in Medikamenten, sondern auch in Nahrungsmitteln, in der Luft, im Wasser und im Boden befinden sowie lebensfeindliche Technologien zu verhindern."

Mit der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' gab und gibt es natürlich immer wieder Zusammenarbeit. Schließlich "schützt" der Konzern Schätzungen zufolge Jahr für Jahr mehr als eine Million Tiere zu Tode.

Die Adresse der 'Tierversuchsgegner NRW': Kempener Str. 205, 5060 Bergisch Gladbach 2, Tel.: 02202 - 83 613. □

In eigener Sache..... Kampfstoffe

Abo-Rekord

So peinlich die Versandpannen bei den ersten drei Ausgaben nach der einjährigen Pause waren, so erfreulich ist das positive Echo auf die neuen Hefte. Sage und schreibe um ca. 20 % stieg auf Anhieb die Zahl unserer AbonnentInnen.

Was bleibt, als zu wünschen: Weiter so!!! □

Starthilfe 1990

An unserer "Starthilfe"-Spendenaktion vom Dezember 1989 haben sich wieder mehrere Hundert Spender beteiligt, darunter viele unserer AbonnentInnen.

Die Aktion hat bis zum Redaktionsschluß ca. 10 Tsd. DM erbracht. Und das, obwohl noch parallel dazu die Lateinamerika-Spende lief (die aber den KollegInnen in Brasilien und Peru zur Verfügung gestellt wird und nicht für die Koordinationsarbeit zur Verfügung steht).

Auch steht der Spendenappell an die BAYER-Aktionäre zur Finanzierung der diesjährigen HV-Aktionen an.

Allen Spendern und Förderern danken wir hiermit nochmals herzlich. □

Zuschriften erwünscht

Wir möchten verstärkt auf die Möglichkeit aufmerksam machen, Kritik zu äußern. Wenn etwas schief läuft, wenn Sie ihre Meinung zu einem besprochenen Thema äußern wollen, wenn Ihnen sonst noch wichtige Themen einfallen oder re-

levante Meldungen in die Hand geraten, oder ... oder ... oder ... Schreiben Sie uns! Und vermerken Sie, wenn Sie Ihre Zuschrift als Leserbrief veröffentlicht haben möchten.

Und natürlich gilt nach wie vor: Wir sind auf Ihre Mithilfe angewiesen. Wir können nicht jede Zeitung lesen, bekommen nicht jede Information über BAYER. Denken Sie nie, das wissen die bei 'Stichwort: BAYER' sowieso schon. Lieber eine Information doppelt, als daß sie u.U. verloren geht. Und ganz besonders scharf sind wir auf Fotos... □

Propaganda..... Prozeß Standorte.....

Justizministerium NRW nimmt Stellung

In "Stichwort: BAYER" 1-2/89 schreiben wir, daß das Justizministerium NRW eine "Stellungnahme" zur von der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' eingereichten Verfassungsbeschwerde "verweigert". Das Bundesverfassungsgericht forderte nach Eingang der Verfassungsbeschwerde neben einer Stellungnahme von BAYER auch das zuständigen Justizministeriums NRW zu einer Stellungnahme. auf. BAYER gab seine Stellungnahme ab, das Ministerium lehnte eine Stellungnahme ab.

Die Verfassungsbeschwerde wurde eingereicht, weil die 'Coordination' in einem zweit- und letztinstanzlichen Maulkorb-Urteil des Kölner Oberlandesgerichtes eine Verletzung diverser Grundrechte, u. a. des Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung, sieht.

Ob das Ministerium tatsächlich eine "Stellungnahme verweigerte", wollte eines unserer Mitglieder wissen und wandte sich an den NRW-Ministerpräsidenten, das NRW-Justiz- sowie das NRW-Umweltministerium. Eine Antwort kam bisher nur vom Justizministerium:

"Wenn es um die verfassungsmäßige Überprüfung richterlicher Entscheidungen geht, die von Gerichten des Landes Nordrhein Westfalen erlassen worden sind, entspricht es einer in langjähriger Staatspraxis gefestigten Übung, daß von der ... Äußerungsmöglichkeit nur mit großer Zurückhaltung Gebrauch gemacht wird. ... Da der zuständige Minister zugleich oberste Dienstaufsichtsbehörde über die in seinem Geschäftsbereich tätigen Richter ist, könnte unter diesen Umstän-

den eine kritische Auseinandersetzung mit der angefochtenen Entscheidung im Rahmen des Verfassungsbeschwerdeverfahrens allzu leicht als Versuch mißdeutet werden, der Unabhängigkeit der beteiligten Richter zu nahe zu treten. ..."

Die Antwort ist unbefriedigend. Es wird ausdrücklich eine "Äußerungsmöglichkeit" bestätigt, von der zwar mit "großer Zurückhaltung", aber doch prinzipiell Gebrauch gemacht werden kann. Natürlich ist dabei unbestritten, daß das Ministerium nicht ähnlich einer "verwaltungsbehördlichen Maßnahme" das Urteil überprüfen kann, doch steht es dem Ministerium - und das wird auch in dem Schreiben bestätigt - jederzeit frei, sich - wie jeder andere Bürger auch - zu dem Urteil zu äußern und sich "kritisch" damit auseinanderzusetzen. Auch wenn dies u.U. als Versuch "mißdeutet" werden könnte, "der Unabhängigkeit der beteiligten Richter zu nahe zu treten."

Im übrigen wird deutlich, daß das Ministerium der Stellungnahme zu unserer Verfassungsbeschwerde eine gewisse Bedeutung beimißt und die Entscheidung, sich nicht zu äußern, bewußt gefällt hat. Darauf deutet vor allem die im Schlußteil befindliche Bemerkung hin, daß man "im vorliegenden Fall nach Beratung (Hervorhebung durch die Red.) mit den anderen für Verfassungsfragen zuständigen Ressorts der Landesregierung von einer Äußerung abgesehen" hat. □

Aktiv..... Belegschaft/ Arbeitsplätze..... Dritte Welt.....

ArbeitnehmerInnen zum Teströhrchen degradiert

Mit "Biomonitoring" und "Arbeitnehmer-Screening" werden zunehmend KollegInnen in den Betrieben medizinisch, u. U. auch bereits mit gentechnischen Methoden, durchgecheckt. Kritiker warnen seit Jahren und weisen auf die Gefahren dieser Entwicklung hin. Die Untersuchungen sind nicht zu kontrollieren und werden vor allem im Interesse der Unternehmen eingesetzt.

Daß die Kritiker einmal mehr Recht behalten, wird bei BAYER deutlich. Dr. Lewalter, Betriebsärztin bei BAYER, legte 1988 eine "wissenschaftliche" Untersuchung "Trends zum arbeitsmedizinischen Beanspruchungsmonitoring" vor. Ihr zufolge schädigen bestimmte Stoffe unter-

schiedliche ArbeitnehmerInnen unterschiedlich stark. So ergibt sich eine sogenannte "individuelle Disposition". Diese könne auch "bereits vor der ersten Arbeitsstoffbelastung durch Bestimmung der beteiligten Enzym- und Immunaktivitäten erkannt werden". Fazit von Frau Dr. Lewalter: Gesetzlich vorgeschriebene Expositionsmessungen könnten durch ihre Methoden ersetzt werden.

Genau wie befürchtet, sollen also nicht mehr Grenzwerte und deren Überwachung durch Messungen ausschlaggebend sein, sondern die "Dispositionen", also die individuelle Empfindlichkeit gegenüber bestimmten Schadstoffen.

Weiterhin gewinnt auch die Gefahr Realität, daß Arbeitsplatzbesetzungen von "Dispositionen" abhängig gemacht werden.

Hinzu kommt - genau wie befürchtet -, daß die KollegInnen bei BAYER über die Untersuchungen nur unzureichend informiert werden und eine Kontrolle praktisch nicht mehr möglich ist.

Die im Rahmen der Betriebsratsliste der 'Durchschaubaren' organisierten Be-

legschaftsangehörigen sehen in der jetzt bekanntgewordenen Studie und der dazugehörigen Praxis bei BAYER die "schlimmsten Befürchtungen" bestätigt und die BAYER-KollegInnen zum "Meßröhrchen" degradiert.

Sie fordern ihre KollegInnen auf, auf ihren Informationsrechten gemäß der Gefahrstoffverordnung (§ 31) und der Richtlinie zu Arbeitsmedizinischen Vorsorge (§7) mit Nachdruck zu bestehen.

Weiterhin fordern sie den "Gesamtbetriebsrat dringend auf, ... der ärztlichen Abteilung die Blankovollmacht für all diese Untersuchungen ... umgehend zu kündigen." □

Spitzenverdienste bei BAYER und Rhein-Chemie

Die BAYER-Tochter RHEIN-CHEMIE hat im Geschäftsjahr 1988 für 567 KollegInnen 33,8 Mio. DM an Löhnen und Gehältern - ohne Altersvorsorge - aufgewendet. Das sind durchschnittlich

ca. 59 Tsd. DM. Demgegenüber bezogen die drei Mitglieder der Geschäftsführung rd. 763 Tsd. DM, also durchschnittlich ca. 250 Tsd. DM. Hinzukommen kommen Pensionsrückstellungen für die Geschäftsführung von ca. 1,7 Mio. DM.

Doch mit den Gehältern im BAYER-Vorstand kommt man bei der RHEINCHEMIE nicht mit: Durchschnittlich 1,25 Mio. DM. □

'Durchschaubare' gegen Rationalisierung, Klage abgewiesen

Zur Erinnerung: Die Leverkusener 'Kolleginnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit' bei BAYER waren vor Gericht gezogen. Juristisch verantworten sollte sich der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrates und zugleich Mitglied des BAYER-Aufsichtsrates, Paul Laux. Er hatte die BetriebsratskollegInnen nur äußerst unzureichend über Rationalisierungsmaßnahmen informiert und damit - so die 'Durchschauba-

Patient sein ist Vertrauenssache

Anzeige

Tierversuche: moralisch verwerflich - wissenschaftlich unhaltbar

Ergebnisse von künstlich krank gemachten Tieren entsprechen in keiner Weise der menschlichen Erkrankungsrealität. Derartige Versuche dienen der medizinischen Forschung seit Jahrzehnten als Denkersatz. Durch sie werden bequem akademische Titel erworben. Publikationen über Tierexperimente bringen Ruhm und Geld. Auf der Strecke bleibt immer das Versuchstier und allzu häufig auch der Patient, der - als Folge verrothender Tierversuche - zum ahnungslosen Experimentierobjekt wird. Brutale Eingriffe sogar an Kleinkindern gehören zum Klinikalltag. 1975 wurde im Auftrag von BAYER Leverkusen das Antibiotikum Resistopen an 100 frühgeborenen Kindern getestet. 70 von ihnen starben. „Extreme Lebensschwäche“, gab man vor. Dabei betrug damals die Sterblichkeitsrate bei Frühgeburten noch nicht einmal 20 % ... (Quelle: Gesunde Geschäfte - Die Praktiken der Pharma-Industrie, Kiepenheuer & Witsch).

Jeder Arzt, der einen Menschen **tatsächlich** vor Krankheit bewahren oder seine Leiden heilen will, kann Vorbeuge-, Erkennungs- und Behandlungsmethoden nur am Betroffenen selbst und mit seiner Hilfe entwickeln. Sämtliche Fortschritte in der Medizin sind Erfahrungen am menschlichen Patienten zu verdanken. Die Beobachtung am Krankenbett allerdings ist eine Frage der moralischen Qualifikation, die wir **ausnahmslos** jedem absprechen, der dazu fähig ist, Tiere ihrer Freiheit zu berauben, sie durch Bewegungsentzug zu foltern, sie in grausamen Experimenten zu quälen und schließlich zu töten, bevor sie als Wegwerfware im hauseigenen Verbrennungsofen landen.

Fordern Sie mit uns eine Erneuerung der medizinischen Forschung - weitab von Tierversuchen und kriminellen Praktiken an Kranken!

TIERVERSUCHSGEGNER NORDRHEIN-WESTFALEN E.V.

ALS GEMEINNÜTZIG UND BESONDERS FÖRDERUNGSWÜRDIG ANERKANNT

- Unterstützen Sie unsere Arbeit • Fordern Sie weiteres Informationsmaterial an
- Kempener Straße 205 • 5060 Bergisch Gladbach 2 • Telefon 02202/83613
- Spenden - unter dem Motto „Lebenswerte Zukunft für Mensch und Tier“ - erbitten wir auf unser Konto 293692-506 beim Postgiroamt Köln (BLZ 37010050)

ren' - gegen das Betriebsverfassungsgesetz verstoßen. Im Mai 1989 wies aber das Arbeitsgericht Solingen die Klage aus formalen Gründen ab (vgl. Bericht in SWB 1/2 89, S.8).

Am 24. Oktober 1989 wies auch das Landesarbeitsgericht in Düsseldorf die Klage als "unzulässig" ab und beraubte damit die klagenden BAYER-KollegInnen ihrer Hoffnungen auf juristische Unterstützung bei ihrem Bemühen für den Erhalt der Arbeitsplätze. Dabei besteht der Anlass der Klage - drohende Rationalisierungen und Arbeitsplatzvernichtung in Leverkusen - fort. Während der Fremdfirmeneinsatz weiter ausgebaut wird, sieht der Betriebsrat tatenlos zu.

'Durchschaubare' und die 'Coordinations' gegen BAYER-Gefahren' fordern den Betriebsrat auf, sofort Verhandlungen über den Einsatz von Fremdfirmen aufzunehmen. Eine derartige Übereinkunft müßte beinhalten, daß der Beschäftigungsstand bei BAYER erhalten und ausgebaut wird, alle Auszubildenden nach Abschluß der Lehre übernommen werden und vorhandene Kapazitäten ausgelastet werden. □

Umweltge...
Unfälle.....
Wasser

Kessel explodiert

Ein Unfall am 20. Dezember 1989 im BAYER-Forschungszentrum in Wuppertal/Aprath versetzt die Bevölkerung in Angst und Schrecken. Gegen 11.20 Uhr gibt es einen ohrenbetäubenden Knall. Der Himmel färbt sich erst feuerrot, dann tief-schwarz durch Qualm und Rauch. Ein 250 Kubikmeter fassender Schwerölkessel ist verpufft, explodiert und umgefallen. Dabei wurde ein Arbeiter einer Fremdfirma verletzt. Dieses Unternehmen war damit beschäftigt, den Kessel zu demontieren. Im Werk sollte von Öl auf Erdgas umgestellt werden, wie Werksleiter Dr. Carl Nöthen erläuterte.

Auch wenn der Unfall dank glücklicher Umstände wieder einmal glimpflich abgegangen ist, zeigt er doch deutlich, wie brüchig das von BAYER immer wieder gepriesene "Sicherheitskonzept" ist.

Welche mehr oder weniger gefährlichen Substanzen in die Luft verpufft sind, blieb ebenfalls ungeklärt. Nach BAYER-Angaben führte das bedrohlich aussehende Schauspiel zu keinen meßbaren Verunreinigungen der Luft. □

Gefahr durch Rosensprays

Die BAYER-Rosenspraydosen CERTON-ROSEN-KOMBI-SPRAY und FOLIMAT-ROSENSPRAY aus den Jahren 1980 bis 1985 können explodieren. Ursache: Korrosionsprozesse und Überdruck in den Behältern. BAYER gab an, die Dosen hätten in neun Fällen zu Sachschäden geführt. Menschen seien nicht verletzt worden.

Aufgrund des Risikos kam es in der Bundesrepublik im Oktober 1989 zu einer großangelegten Rückrufaktion. Über Rundfunk und die Presse bot BAYER an, die Spraydosen bei Verbrauchern und Händlern abzuholen.

Der Wirkstoff der Pestizid-Sprays ist nicht erst beim Bersten bedenklich. OMETHOAT, der Wirkstoff von FOLIMAT, erhält von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Einstufung 1b und gilt somit als besonders gefährlich. □

Biotechnologie.....
Giftmüll.....
Imperium

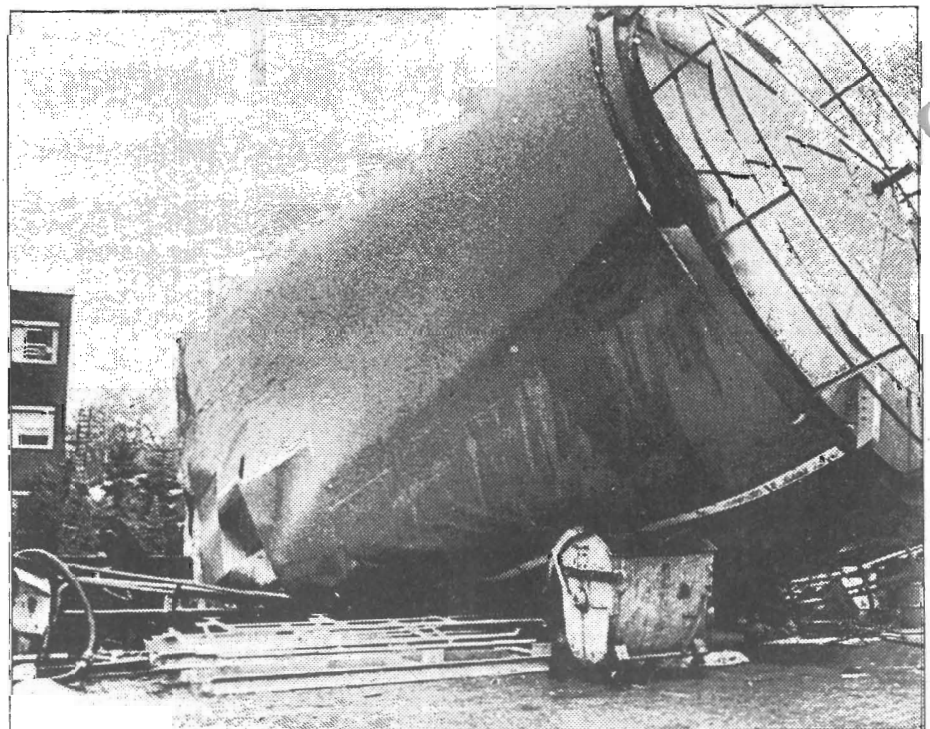
Entsorgungspark an der Unterelbe?

von Hans Freibüter, Ecklak, Kreisverband DIE GRÜNEN, Steinburg

“ BAYER hatte sich im Frühjahr 1970 entschlossen, das von der Landesregierung Schleswig-Holstein angebotene 375

ha große Gelände zu erwerben, das südostwärts des Schnittpunktes von Elbe und Nord-Ostsee-Kanal liegt. Die besonderen Vorteile des Standortes Brunsbüttel ergeben sich aus der geographischen Lage, die die Möglichkeit eines günstigen Gütertransportes nach den nordischen und osteuropäischen Ländern bietet. ... Weitere Vorteile sieht BAYER im Angebot einheimischer Arbeitskräfte und in den ausreichenden Abständen zu größeren Wohnsiedlungen als Voraussetzung für ein harmonisches Zusammenleben von Industrie und Bevölkerung. Hinzu kommt der von der Landesregierung Schleswig-Holstein geplante schrittweise Aufbau einer für die Bedürfnisse der Industrie notwendigen Verkehrsinfrastruktur.” aus: “Unser Werk - Bayer in Brunsbüttel - Die ersten acht Jahre.”

Und sie schafften Infrastruktur, die Landesfürsten von Stoltenberg/CDU über Barschel/CDU bis hin zur jetzigen SPD-Regierung unter Engholm. Klotzen war und ist die Devise: Geschaffen werden sollten 12 bis 14'000 Arbeitsplätze. Real sind es ca. 2'500 geworden. Bezahlt hat dies alles der Steuerzahler, man spricht von den teuersten Arbeitsplätzen der Republik. Bauernhöfe verschwanden, 2'000 ha Industrieflächen wurden aufgespült und mit einem Netz neuer Straßen erschlossen. Ein Hafen war entstanden und riesige Wasserleitungen schafften unser Trinkwasser bis zur Erschöpfung der Brunnen von der Geest herbei. Eine im Anfangstadium noch als BAYER-Mülldeponie ge-



Schwerölkessel explodiert

Foto: W. Westenhof

plante Müllkippe im kleinen Dorf Ecklak in Sichtweite der chemischen Industrie wurde Anfang der achtziger Jahre gegen der erbitterten Widerstand der Bevölkerung, der Gemeinden und Siedlerverbände - verschämt umgetauft in "Hausmülldeponie des Kreises Steinburg" - in Betrieb genommen. Seitdem werden hier auf 64 ha Fläche, aufgeteilt in fünf Bauabschnitte, pro Jahr 300'000 Tonnen Müll aus Haushalt, Gewerbe und Industrie in die Marsch gekippt. Ohne jede Abdichtung nach unten. Man verläßt sich auf den "Porenwasserdruck" als Basisabdichtung. Das Sickerwasser wird in die Elbe gepumpt. Bis zur Nordsee ist es dann nicht mehr weit.

Da die Haushalte gleichbleibend mit 100'000 Tonnen an diesem Müllberg beteiligt sind, produzieren Gewerbe und Industrie 200'000 Tonnen Müll pro Jahr und das mit so stark steigender Tendenz, daß in diesen Tagen bereits der dritte Bauabschnitt der Müllkippe eingerichtet wird, der nach Plan erst im Jahr 1992 in Betrieb genommen werden sollte. Obwohl der Stand von Wissenschaft und Technik heute, zehn Jahre später, ein ganz anderer ist, sieht sich der Kreis Steinburg auch jetzt nicht genötigt, eine Basisabdichtung wenigstens in diesem dritten Bauabschnitt vorzusehen. Argument: "Die Landesregierung verlangt es nicht von uns." Die Zeitbombe tickt.

So lagern hier hunderttausende Tonnen Schad- und Giftstoffe. Unter anderem auch CLOPHEN, eine ölige Flüssigkeit von BAYER, die größtenteils aus den Ultragiften PCB (POLYCHLORIERTER BIPHENYLE) und als Verunreinigung dem Sevesogift ähnlichen TCDD (TETRACHLOR-DIBENZO-DIOXIN) besteht. Bis zum Jahr 2003 soll die 64 ha große Fläche angeblich reichen.

Um den Standort Brunsbüttel auch darüber hinaus zu sichern, hat BAYER "vorsorglich", wie es heißt, weitere 40 ha sog. Müllerwartungsland aufgekauft und ist damit, man muß sich den folgenden Satz auf der Zunge zergehen lassen, "... in Vorleistung für den Betreiber, den Kreis Steinburg, getreten". Sollten die bei diesen Geschäften üblichen Preise gezahlt worden sein, so wären 10'000 DM pro ha nicht die Ausnahme. Hier wird die Verquickung von Industrie und Kapital incl. hilfloser Politiker und Verwaltungen augenscheinlich.

Für BAYER ein lohnendes Geschäft: Betreibt man doch auf dem Brunsbütteler Firmengelände auch eine Sonderabfallverbrennungsanlage (SAVA) - eine sog.

Gasphasenoxidationsanlage. Den hier anfallenden Sondermüll ständig nach Dormagen auf die eigene Sondermüllkippe zu schaffen wäre ja schon Geschäftsschädigung.

Eine weitere SAVA neben dem BAYER-Werk befindet sich in der Genehmigungsphase. Im nahegelegenen Lägerdorf wurde der Zementfirma ALSEN für ihre Drehöfen eine Genehmigung zur Sondermüllverbrennung bereits erteilt.

Die Möglichkeit der Endlagerung von Verbrennungsrückständen auf der Müllkippe Ecklak und in den unterirdischen Salzstöcken des "Haselgebirges" weckt Begehrlichkeiten, auf die zu späterer Zeit eingegangen wird.

Vor der Inbetriebnahme der BAYER-eigenen Fläche als Müllkippe hat der Gesetzgeber das Planfeststellungsverfahren gesetzt. Die GRÜNEN in Ecklak und im Kreisverband Steinburg werden die Entwicklung genau beobachten und alles tun, diese unheilvolle Allianz aus Industrie und Politik zu hintertreiben. □

"Kontamination nicht auszuschließen"

Wie BAYER und seine Stadt funktionieren am Beispiel der Altlast Dhünnaue-West/Leverkusen von Basiev Stoller*

Vieles ist über die Dhünnaue-West schon berichtet und geschrieben worden ... Hier nun soll der Versuch unternommen werden, den Umgang mit der Altlast als Beispiel zu benutzen, um die Wirkungszusammenhänge zwischen der Stadt und dem Konzern einmal konkret zu durchleuchten. Solch enge Verflechtungen zwischen Kommune und Industrie gibt es

in derart geballter Form nur an wenigen Standorten in der BRD. ...

Zuvor einige historische Daten:

Untersuchungsgebiet:	25 ha
Verfüllungsgebiet:	68 ha
Zeitraum der Deponierung:	1923 - 1963
Zeitpunkt der Wohnbebauung:	1952
Bau Schule/Kindergarten Adolfstr.:	1960

Anzeige

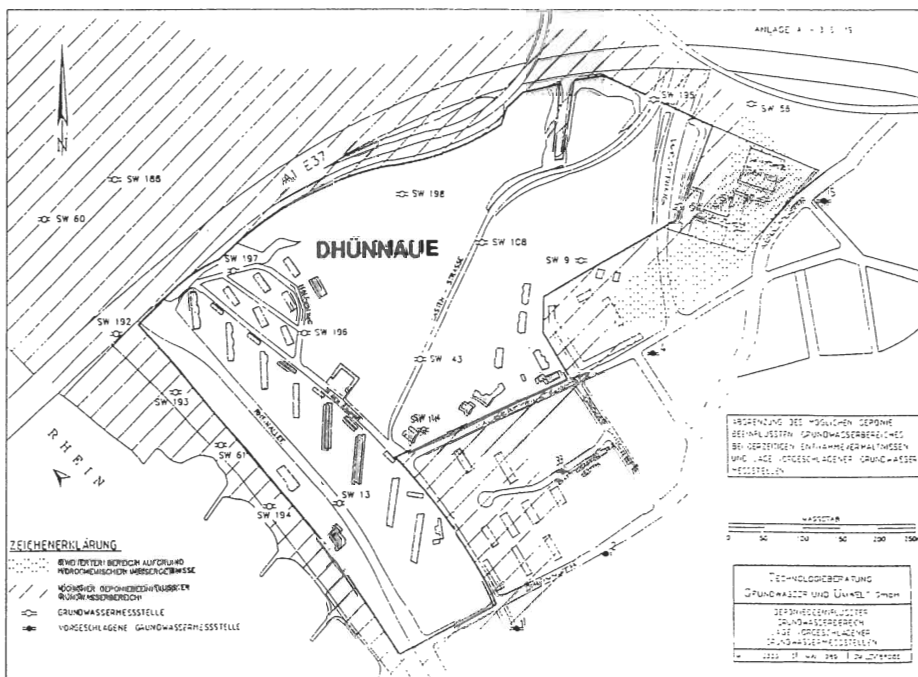
DAS BILD PALÄSTINAS

IM ZUSTAND DER AUFHEBUNG SEINER VERLEUGNUNG

KADIR VAN LOHUIZEN hat Bilder von Palästina entwickelt, die ihrer Genauigkeit wegen internationale Beachtung fanden. Medico International will die komplette Fotoausstellung ab sofort für die BRD zur Verfügung stellen. Das sind 25 metallgerahmte Bilder hinter Glas, die ihres Charakters wegen zur längerfristigen Ausstellung in geeigneten Räumen gedacht sind. Bitte Termine rasch verabreden und Verleihbedingungen erfragen.

INFOMATERIAL kann mit oder ohne Ausstellung bezogen werden: MEDICO REPORT 5: Medizinische Versorgung & Menschenrechte in Palästina. Ca. 30 S., 5 DM (Rabatte möglich).

medico international
Obermainstraße 7, 6000 Frankfurt 1
Telefon 069 / 499 00 41 / 2



Das Gift

Historisch fußt der Deponiestandort in etwa auf eine Eindeichungsgenehmigung der Stadt Leverkusen aus dem Jahre 1918. Mit dem Bau eines Deiches wollte die Stadt dieses Gebiet hochwasserfrei legen. In den zwanziger Jahren begann BAYER dieses teilweise nach Norden erweiterte Gelände auf eigenes Recht und aufgrund von Vereinbarungen mit der Stadt Leverkusen zu verfüllen. Im bisher untersuchten Gebiet (25 ha) beträgt die durchschnittliche Schutthöhe 8 m, das ergibt in diesem Drittel der Deponie rund 3 Mio. Tonnen Giftmüll. Insgesamt ist also mit ca. 9 Mio. Tonnen zu rechnen.

Ein paar Highlights aus den gefundenen Inhaltsstoffen können dazu beitragen, zu erkennen, mit welchen Problemen wir es zu tun haben, gerade auch wegen der sog. Heterogenität der Altlast. So wurden z. B. CHROM-Konzentrationen zwischen 27,0 und 22'000,0 mg/kg gefunden und BLEI-Konzentrationen zwischen 5,0 und

34'000,0 mg/kg. Organische Spitzenreiter sind z. B. 44,8 g/kg CHLORBENZOLE oder 20 g/kg AROMATISCHE AMINE. Proben, die solch unvorstellbare Spitzenwerte liefern, befinden sich räumlich direkt neben beinahe unbelastetem Bodenaushub. Nach dem Motto "wer sucht, der findet", würden sich in den Tiefen der Dhünnaue auch weitaus astronomischere Giftwerte finden lassen; ein angestoche- nes Giftfass könnte durchaus die jetzigen Spitzenreiter ablösen.

Ein erschütterndes Gutachten

Ende 1986 erstellte die Westfälische Bergwerkkasse (WBK) ein Bodengutachten als Teil der Umweltverträglichkeitsprüfung des Bebauungsplans Dhünnaue West. Geplant war der Bau einer Siedlung am Rand der ehemaligen Deponie. Gleichzeitig machte das Landesamt für Abfall und Wasser (LWA) in einem Gutachten darauf aufmerksam:

"Die untersuchten Bodeneluate zeigen eine mehr oder weniger hohe, teilwei-

se extreme Belastung des Bodens mit Schadstoffen. Die Schadstoffe sind bereits so weit in den Untergrund eingedrungen, daß auch das Grundwasser davon betroffen ist. Dieser Umstand ist äußerst bedenklich, vor allem im Hinblick auf eine mögliche Gefahr für das Trinkwasser. Die offensichtlich hohen Schadstoffkonzentrationen geben weiterhin Anlaß zur Sorge, daß Gefahr besteht für Mensch und Tier. Eine Kontamination z. B. spielender Kinder oder weidendem Vieh ist nicht auszuschließen."

Stadt schläft, BAYER schläft

Spätestens mit der Aussage des LWA hätte die Stadt Leverkusen handeln müssen und rigoros und offen die Frage nach dem Verursacher stellen müssen. Man stelle sich nur die Wirkung einer ganzseitigen Anzeige in allen regionalen Zeitungen vor, in denen die Stadt BAYER darauf hinweist, daß Boden und Grundwasser im Bereich der Dhünnaue durch BAYER-Abfall verseucht sind, mit der Bitte um schnellstmögliche Abhilfe. Mit Sicherheit hätte es nicht dieses jahrelange, erniedrigende Ringen um jede Mark gegeben.

Die Recherche und Sendung einer Fernsehreportage hat genau das erreicht, was die Stadt mit entsprechender Eigenständigkeit bereits vor zwei Jahren hätte erreichen können: Die Anerkennung des Verursacherprinzips und die Zusage der Sanierung!

Wer nun glaubt, mit der BAYER-Zusage auf Sanierung sei alles gut, der täuscht sich gewaltig. Es sei noch einmal festgehalten: Mangelnde Unabhängigkeit und fehlende Eigenständigkeit in Leverkusen führten dazu, daß die Stadt jahrelang an der Willkür des Konzerns geklebt hat und heute noch klebt. Ein Streifzug durch die Aussagen der von Stadt und BAYER gemeinsam finanzierten abschließenden Gefährdungsabschätzung soll verdeutlichen, daß die Ende 1989 von BAYER auf einer Pressekonferenz gemachten Zusagen keineswegs an der Gefährdungsabschätzung und damit am momentanen Erkenntnisstand orientiert sind, sondern ausschließlich als Imagepflege zu werten sind.

Gefahr für das Grundwasser

Hinsichtlich des Grundwassers kamen die Gutachter im Mai 1989 zu folgenden, abschließenden Ergebnissen:
- eine Nutzung des Grundwassers im Deponiebereich muß ausgeschlossen bleiben und Grundwasserförderung im nähe-



E. Fleussinbadt

ren Umfeld der Deponie muß zwingend unterbleiben.

- Das Eindringen von Deponiegiften ins Grundwasser ist durch geeignete Maßnahmen zu unterbinden.

- Das deponiebeeinflusste Gelände muß bis auf das Gelände Schule/Kindergarten Adolfsstr. erweitert werden.

- Darüberhinaus ist der Grundwasserabstrom aus dem Deponiebereich zu unterbinden, d. h. es muß verhindert werden, daß sich bereits verseuchtes Grundwasser weiterverbreitet. Hierbei sollte untersucht werden, ob in diese Maßnahme die gesamte Deponie, die weit über das Untersuchungsgebiet hinaus geht, einbezogen werden muß

Verseuchtes Gelände größer als zugegeben

Aus mathematischen Grundwasserflußmodellen und aus Grundwasseranalysen leiten die Gutachter ab, daß die bis jetzt gezogenen Grenzen der Altlast zu erweitern sind. Die Karte zeigt, daß das deponiebeeinflusste Gelände wesentlich größer ist, als bisher zugegeben wurde. Sie macht insbesondere deutlich, daß mindestens 500 Menschen zusätzlich von dem direkten Altlastenproblem betroffen sind und in die Absiedelungsmaßnahme einbezogen werden müßten. Weiterhin ist erkennbar, daß der einstmalig "herausdefinierte" Bereich Kindergarten/Schule Adolfsstr. durchaus auf der Altlast steht.

Diese Gutachteraussagen liegen der Stadt und dem Konzern seit Mai 1989 vor; weder ist dieses Material bisher öffentlich diskutiert worden, noch sind Überlegungen hinsichtlich der besonders sensibel benutzten Bereiche Schule/Kindergarten angestellt worden. Gerade für diesen Bereich wird die politische Komponente der Altlastgrenze deutlich. An der Grenzfrage einer Altlast hängt zum einen die Frage des Geldes, denn die Sanierungskosten steigen linear mit der Fläche. Zum anderen stand es an, die Anfang 1987 erst 'mal auf Eis gelegte Erweiterung des Kindergartens durch den Rat der Stadt Leverkusen zu bekommen. Im Februar 1988 wurde vom INSTITUT FRESENIUS ein Gutachten abgeliefert, welches das Schul- und Kindergartengelände als nicht zur Altlast gehörend definierte. ...

Wasser im Keller

Im April 1988 beschloß der Rat, den Kindergarten um eine Gruppe zu erweitern. Dieser Ratsbeschluß hat auch 1990 noch seine Gültigkeit, obwohl im Mai 1989 aufgrund von Grundwasseruntersu-

chungen von den Gutachtern gefordert wurde, das Gelände ins Altlastengebiet einzubeziehen. Unabhängig von allen Überlegungen hinsichtlich Sanierung etc. hätte die unverzügliche Entscheidung des Rates sein müssen, erstens die beschlossene Gruppenerweiterung zurückzunehmen und zweitens die schnellstmögliche Aufgabe der Schule und des Kindergartens zu beschließen und nach Alternativen zu suchen. Besondere Brisanz erhält dieser Umstand durch die Tatsache, daß im Februar 88 eine Hochwassersituation eingetreten ist. Als Folge davon standen die Kellerräume des Kindergartens im Wasser und das Wasser quoll in Augenhöhe aus den Wänden. Die Stadt sah sich nicht einmal veranlaßt, die Kellerräume trocken zu legen lassen. MitarbeiterInnen bekamen im Jahr 1989 nach Betreten des Kellers Kopfschmerzen und Nasenbluten.

Immer wieder steht den Menschen der Kölner Bucht eine Hochwasserwelle bevor. Für jene auf und um die BAYER-Altlast Dhinnaue-West bedeutet das: Vorsicht beim Betreten der Kellerräume!

* Detlev Stöller, selbst Betroffener, ist Sprecher der Altlasteninitiative Leverkusen sowie Mitglied im Vorstand des Bundesverbandes Altlastenbetroffener e. V.

Gen-/Biotechnologie... Giftmüll

Memorandum zum Gentechnikgesetz

Ein breites Spektrum der Umwelt- und Ökologiebewegung, angefangen von christlichen Organisationen über landwirtschaftliche Vereine, Tierschützer, Verbraucherinitiative, die Grünen, Gen-ethischen Netzwerk, kritischen PharmazeutInnen bis hin zur 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' traf am 15. Dezember 1989 in Hamburg zusammen, um eine gemeinsame Handlungsbasis gegen die Gentechnologie, insbesondere gegen das geplante Bonner Gentechnikschutzgesetz, zu finden.

Ergebnis eines langen Diskussionsprozesses ist ein Memorandum, das im Januar 1990 vorgelegt wurde. Die gleichsam kritische wie detaillierte Analyse befaßt sich mit ethischen, rechtlichen und Sicherheitsfragen.

Kernforderungen des Dokumentes, das einen erst- und bisher einmaligen Konsens derart zahlreicher und verschiedener Organisationen in der Kritik der Gentechnik

darstellt, an das in seiner jetzigen Fassung völlig einseitig industrieorientierte Bonner Gesetz sind:

- ein Verbot der Freisetzung
- ein eindeutiges Verbot der B-Waffen-Forschung sowie der sog. Schutzforschung
- die unbegrenzte Haftung der Anwender incl. Beweislastumkehr
- keine Festschreibung des Rechtes einer gentechnischen Industrieproduktion
- die Aufnahme von zwingend vorgeschriebenen Notwendigkeitsprüfungen und Alternativforschung hinsichtlich gentechnischer Produkte und Produktionsverfahren in die Genehmigungsverfahren

Anzeige

NEU

ERSCHEINUNG

„DAS FÜNFHUNDERT-JÄHRIGE REICH“



Eroberung, lateinamerikanische Identität & Emanzipation 1492-1992

Ein unverzichtbares Buch für jeden, der informiert sein will über die Bedeutung des 500. Jahrestages der „Entdeckung“.

Beiträge von:
Bonasso / Branscheidt / Chomsky / Guzmán / Dieterich / Egaña / Gottwald / Reemtsma / Roth / Schmidt.

(Auszugsweiser Vorabdruck in der Mai-Ausgabe von „konkret“)
280 S., DM 19.80 + 3.- Porto
 Bestellungen an:

medico
internationales SERVICE

Obermainanlage 7 6000 Frankfurt 1
 Telefon: 0 69 / 4 99 00 41/2/3

Spendenauftrag: SAHARA Anzeige

Ökologische Erneuerung

Seit 1986 arbeitet der VFLU mit betroffenen Menschen und den zuständigen Stellen der DARS (a.UWZ 2.88 u. 3.89) bei der Lösung der schwierigen Gartenbauprobleme im sahraischen Flüchtlingslager zusammen. Nach unseren Untersuchungen sind wir mit unseren sahraischen Partnerinnen und Partnern übereingekommen, die ökologische Erneuerung der Gartenflächen in Angriff zu nehmen. Dazu wird viel Geld benötigt:

VFLU - Mainzer Volksbank: 230 023 012
 (BLZ 551 900 00) oder
 PGiroA Ldhfn: 1062 04 - 675
 (BLZ 545 100 67); beides Stichwort: 'SAHARA'

-eine breite und angemessene Beteiligung aller gesellschaftlich relevanter Gruppen.

Insbesondere der fast völlige Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Genehmigung gentechnischer Anlagen erregte bei allen beteiligten Gruppen Empörung. "Aufgrund der Änderung des Genehmigungsverfahrens werden die Vorschriften nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz außer Kraft gesetzt", konstatiert das Memorandum bitter.

Das 40-seitige Memorandum, Pflichtlektüre für jede(n) Umweltschützer(in), kann beim BUND, Im Rheingarten 7, 5300 Bonn, bestellt werden. □

Unter den ersten sieben

Andreas J. Büchting, Vorstandsvorsitzender der KWS KLEINWANZLEBENER SAATGUT AG in Einbeck sieht ernsthafte Konkurrenz zu seinem Unternehmen auf dem Gebiet der Gentechnik in der Bundesrepublik nur durch die Firmen HOECHST und BAYER. Er schätzt, daß in ganz Europa gerade noch vier Unternehmen den bundesdeutschen das Wasser reichen können.

Damit wird die europäische Spitzenstellung BAYER's auf dem Gebiet der Gentechnik klar deutlich. □

Forschungsschwerpunkt in USA

BAYER-Vorstandsvorsitzender H.J. Strenger gibt die neue Linie raus: Es wird nicht mehr mit Abwanderung der Gentechnik gedroht, sondern Darstellungen in den Medien, der Konzern verlege die gentechnische Forschung in die USA, widersprochen. Der Standort USA sei nur "ein regionaler Schwerpunkt innerhalb der Forschungs- und Entwicklungsstrategie des Konzerns für die Gentechnik" neben denen in Wuppertal, Monheim und Japan. In Japan solle z.B. 1993 ein Forschungszentrum in Betrieb gehen.

Allerdings will BAYER kräftig in seine Firmen in den USA investieren. Das Pharmaforschungszentrum in West Haven/Connecticut soll so z.B. seine Kapazität verdoppeln und sich zu einem der größten im Bereich der Gentechnik der Welt mausern. Hierfür wurden erst unlängst 100 Mio. DM investiert. Strenger: "Das hat aber nichts mit einer Flucht aus dem Standort Bundesrepublik zu tun. Wer heute in der Gentechnik mitreden will,

muß das große Forschungspotential in den USA für sich erschließen."

Strenger lobte auch die einfachen wie schnellen Genehmigungsverfahren in den USA sowie die staatlichen Förderungen, nicht ohne die Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik heftig zu kritisieren. "Grundsätzlich kommt für uns die Bundesrepublik als Standort für gentechnische Produktionsanlagen genauso in Betracht wie die USA." Aber: Es müßten endlich "klare politische und rechtliche Voraussetzungen" geschaffen werden.

Strenger äußerte sich zufrieden über den derzeitigen Entwurf eines Gentechnikschutzgesetzes der Bundesregierung. Kein Wunder: Schließt es doch Einwandlungsmöglichkeiten besorgter Bürger weitgehend aus. Es entspricht damit genau Strenger's Anforderungen, die sich die Gesetzestexter offenkundig zu Herzen genommen haben. Dafür waren die ständigen Abwanderungsdrohungen gedacht und haben sich somit bewährt.



Jetzt sind für Strenger bereits die nächsten Schritte von Bedeutung: "Für unsere Wettbewerbsfähigkeit ist es entscheidend, zum richtigen Zeitpunkt mit einem Produkt auf den Markt zu kommen." □

Anwendungsgebiete der BAYER-Gentechnik II

Die in "Stichwort: BAYER" 3/89 beschriebenen Anwendungsgebiete der BAYER-Gentechnik führen wir in dieser Ausgabe fort.

Die amerikanische Tochter MOLECULAR DIAGNOSTICS in West Haven will mit "monoklonalen Antikörpern" den insulinpflichtigen Diabetes früher, als bisher, erkennen.

Mit "Protease-Inhibitoren" soll ein Reifungsenzym des AIDS-Virus blockiert und damit seine Vermehrung gehemmt werden.

Zur Therapie des Schnupfens wird ein Gegenspieler, der einen kürzlich entdeckten Rezeptor in der Nasenschleimhaut blockieren soll, gesucht.

Zur Erforschung der Alzheimer-Krankheit wurde Mäusen ein menschl-

ches Gen eingepflanzt, das für die krankheitsspezifischen Ablagerungen im Gehirn verantwortlich sein soll. Die Mäuse dienen als Modell, um Entstehung und Therapie der Krankheit erforschen zu können.

Alle aufgeführten Bereiche beschäftigen sich mit Erkrankungen, deren Verbreitung groß und zum Teil steigend ist. Damit peilt BAYER ein ansehnliches Geschäft an und möchte dort nach Möglichkeit gentechnischer "Erster" sein. □

Gentechnischer Faktor VIII

"Wir verkennen keineswegs, daß die Gentechnik wie alles Neue in der Welt ökologische, soziale und wissenschaftliche Auswirkungen haben kann, die wir heute noch nicht voll übersehen", räumt der BAYER-Vorstandsvorsitzende H.J. Strenger zwar etwas verharmlosend, aber dennoch angesichts immer massiver werdender Kritik ein. Was den Konzern allerdings nicht daran hindert, die Gentechnik bereits zu nutzen. Begründung: Damit könnten erhebliche Fortschritte bei der Bekämpfung unheilbarer Krankheiten gemacht werden. Aber auch aus wirtschaftlichen Gründen, wie Strenger zugeht.

Während Firmen wie HOECHST oder die BEHRINGWERKE in der Bundesrepublik um die Genehmigung gentechnischer Produktionen größeren Ausmaßes bislang vergeblich kämpfen, schickt sich BAYER in den USA bereits an, die gentechnische Produktion eines Medikaments zu starten: FAKTOR VIII.

Dabei argumentiert der Konzern besonders perfide. Durch Verantwortungslosigkeit in der Produktion waren BAYER-FAKTOR-VIII-Präparate in der Vergangenheit u.a. auch mit dem Aids-Virus verseucht. Dadurch brachte und bringt BAYER Tausenden von Menschen den Tod (wir berichteten mehrfach in SWB).

BAYER hat dieses Thema nach Möglichkeit unter Verschluß gehalten. Jetzt aber benutzt der Konzern diese von ihm zu verantwortende Tragödie als Begründung, um die gentechnische Herstellung von FAKTOR VIII durchzusetzen und die in dieser Produktionstechnik liegenden neuen Risiken herunterzuspielen.

Bei der noch in diesem Jahr anlaufenden Produktion in einer neuerrichteten Anlage in Berkeley/Kalifornien wird das für die Herstellung im Körper verant-

wortliche menschliche Gen in Hamsterzellen eingepflanzt. Diese wiederum synthetisieren in Fermentern das so begehrte wie teure Präparat, auf das weltweit über 200'000 Menschen (6'000 in der BRD) angewiesen sind. Strenger: "Das Verfahren für FAKTOR VIII ist im wesentlichen abgeschlossen und wir gehen davon aus, die Marktzulassung zunächst in den USA und dann in anderen Ländern wie Japan und der Bundesrepublik zu erhalten."

BAYER erwarb die Rechte an der gentechnischen Herstellung von FAKTOR VIII im übrigen von der amerikanischen Firma GENENTECH.

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' lehnt die gentechnische FAKTOR-VIII-Produktion wegen der innewohnenden, unübersichtbaren Risiken ab. Wie im übrigen jede gentechnische Produktion. Insbesondere muß bei der anlaufenden BAYER-Produktion auch das Freisetzungsrisko gesehen werden.

Es gibt für die gentechnische FAKTOR VIII-Produktion - im Gegensatz zu den Bauelementen des Konzerns - keinerlei Notwendigkeiten. Bei gewissenhafter und sorgfältiger Fertigung auf herkömmliche Weise ist die Infektionsgefahr für die Empfänger durch Aids, Hepatitis etc. minimal.

Aber H.J. Strenger sagte es ja schon: Es geht auch um die wirtschaftliche Gründe.... □

Pestizide..... Pharma

Neue Indikation für ADALAT

Bei bereits existierenden Medikamenten das Wirkungsspektrum zu erweitern und damit die Umsätze zu steigern ist allemal billiger als neue Medikamente zu entwickeln. Eine Studie von Prof. Dr. P. R. Lichtlen/Universität Hannover verspricht u.U. für das Altpräparat ADALAT ein neues Indikationsfeld: Die Verhinderung des Fortschreitens von koronaren Herzerkrankungen.

Die Studie, der eine Unmenge an Tierversuchen vorausging, bezog 282 Patienten ein, von denen etwa die Hälfte 1'100 Tage lang mit der hohen Dosis von 80 mg ADALAT behandelt wurde. Die Kontrollgruppe erhielt ein wirkungsloses Scheinmedikament (Placebo).

Daß der Versuch den Patienten zum Nutzen gereichte, läßt sich bezweifeln. Immerhin ereigneten sich in der ADALAT-Gruppe mehr Zwischenfälle, als in der Placebo-Gruppe. Während beispielsweise in der einen Gruppe drei Patienten einem Herzinfarkt erlagen, waren es in der anderen nur zwei.

Eine gewisse wissenschaftliche Zurückhaltung übt trotz aller Euphorie auch Prof. Lichtlen selbst: "Es bleibt durchaus einiges offen. Erstens die Frage des Mechanismus der Wirkung der Calciumantagonisten. Dann die Frage, wie die Entwicklung der koronaren Herzerkrankung überhaupt verhindert werden kann ..."

Die Studie jedoch wird in Hannover weitergeführt. Und auch in Boston, Wuppertal, Melbourne und Düsseldorf wird an neuen Indikationen für ADALAT geforscht. Die aufgrund ablaufenden Patentschutzes etc. sinkenden ADALAT-Profite machen dringend neue Indikationsgebiete für den Oldie erforderlich □

CIPROBAY für Sowjets

Das von BAYER massiv propagierte neue Super-Antibiotikum CIPROBAY - wegen irreführender Vermarktungspraktiken bereits in Mißkredit geraten - ist nach einer zweijährigen Prüfzeit nun auch in der UdSSR zugelassen worden.

Einen in der Sowjetunion allgemeinen akuten Mangel von Antibiotika vermag CIPROBAY allerdings nicht zu decken. Ist es doch wegen ernst zu nehmender Nebenwirkungen und vermehrter Resistenzentwicklung nach unkontrolliertem Einsatz nur als Reservemedikament für den Fall tauglich, daß herkömmliche Antibiotika versagen. □

CIPROBAY: Irreführende Werbung

"CIPROBAY - Rekordwerte bei Keimen und Problemkeimen, Rekordwerte in der Bakterizidie", lautet ein Werbespruch für die neueste BAYER-Antibiotikum-Entwicklung. Mit dieser Aussage soll suggeriert werden, daß das Präparat auch bei Atemwegsinfektionen "eine neue Dimension" in der "antibakterielle(n) Therapie" darstelle.

Das ist jedoch nicht der Fall. In Untersuchungen wurde nachgewiesen, daß CIPROBAY bei den häufigsten Erregern von Atemwegsinfektionen - den Pneumokokken - schlecht wirksam ist. Das gleiche gilt für den wichtigsten Problemkeim - Pseudomonas aeruginosa. □

Ökonomie..... Pestizide..... Pharma

GDCh vor dem Karren der Industrie

Die 'Gesellschaft Deutscher Chemiker' (GDCh) veranstaltet zusammen mit der 'International Union of Pure and Applied Chemistry' (IUPAC) "den 7. Internationalen Kongress für Pflanzenschutz-Chemie in Hamburg". Aus diesem Anlaß kam es zu einer mehr als zweifelhaften Zusammenarbeit mit den Herstellern von Pestiziden.

"In Abstimmung" mit dem von BAYER maßgeblich beeinflussten 'Industrieverband Agrar e. V.' (IVA) wurde, wie einem GDCh-Brief zu entnehmen ist, "eine Agentur beauftragt, flankierende Öffentlichkeitsmaßnahmen für diesen Kongress

Geschichte der Farbwerke Hoechst und der chemischen Industrie in Deutschland

Anzeige

Ein Lesebuch aus der Arbeiterbildung.

2. erweiterte Auflage 1989, 216 Seiten,
mit zahlreichen Illustrationen, DM 25,—.

Erhältlich im guten Buchhandel (ISBN 3-88534-210-3)
oder direkt beim Verlag nur gegen Vorkasse
(DM 29,— incl. Versandkosten).

Verlag 2000 GmbH, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach
☎ 069 / 88 50 06

durchzuführen. Ziel ... ist es, der internationalen Öffentlichkeit darzustellen, daß **Pflanzenschutz immer sicherer** (Hervorh. im Original) wird."

GDCh und IVA wissen freilich, daß nicht nur die Öffentlichkeit, sondern bisweilen auch Journalisten kritisch sind. Daher sollen diese "im Vorfeld des Kongresses auf mögliche Themen ... aufmerksam gemacht werden." Hierzu soll "eine **Dokumentation über Informationsmittel** (Hervorh. im Original) und über die Themen des Kongresses ... von der Agentur" Dr. Seibold PR, **Wachenheim** erstellt werden.

Soviel zum Thema "Unabhängigkeit" der 'Gesellschaft Deutscher Chemiker'. □

Griechenland: Giftregen aus LEBAYCID

Spyros Antiochos Bürgermeister der Gemeinde Magazon auf der griechischen Insel Paxos ist Initiator des Widerstandes der Inselbevölkerung gegen Pestizid-Sprühungen aus der Luft. Die 'Bewegung für den Schutz von **Gesundheit, Landschaft und Umwelt**' führt in Vertretung der **Gemeinden auf Paxos einen Prozeß** gegen die staatliche Landwirtschaftsbehörde; der Oberste Gerichtshof in Athen soll die gesundheitsgefährlichen Sprühungen verbieten. Dieses Anliegen in der Bundesrepublik, der Zentrale des BAYER-Konzerns, der das versprühte Gift LEBAYCID bereitwillig liefert, deutlich zu machen, folgte Spyros Antiochos im Dezember 1989 einer Einladung der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren'.

Im zweijährigen Rhythmus wird über Paxos - südlich von Korfu gelegen - flächendeckend LEBAYCID mit Hilfe von Flugzeugen ausgebracht. Die verankerte Staatliche Landwirtschaftsbehörde (Präfektur Korfu) will so der Olivenfliege im dem Hainen zu Leibe rücken. Die zum Teil Jahrhunderte alten Bäume stehen inmitten des besiedelten Gebietes - als Gärten neben den Wohnhäusern und den Flächen für den Obst- und Gemüseanbau. Da Paxos über keine eigenen Trinkwasserquellen verfügt, sind die BewohnerInnen auf das im Zisternenräte der Häuser gesammelte Regenwasser, mit LEBAYCID kontaminiert, angewiesen.

Die Besprühung mit LEBAYCID hat bereits im Juli 1987 vermehrt zu Kopfschmerzen, Übelkeit und im einrigen Fällen gar zu Verätzungen der Haut geführt. Wis-

senschaftler der Universität Ioannina/Nordgriechenland diagnostizierten eine rapide Zunahme der Krebserkrankungen auf Paxos. Daß hierfür LEBAYCID wenigstens mitverantwortlich ist, davon sind die Mitglieder der 'Bewegung' überzeugt. Weil ein Gericht auf Korfu diesen Zusammenhang allerdings nicht eindeutig feststellen wollte, wurde die Frage nach dem krebserzeugenden Potential von LEBAYCID an den Obersten Gerichtshof in Athen verwiesen, der sich seit August 1988 der Klage der 'Bewegung' gegen die Landwirtschaftsbehörde annimmt. Der griechische Abgeordnete Papaianakis interveniert - bislang ohne Erfolg - beim Europäischen Parlament in Brüssel, um Pestizid-Behand-

lungen aus der Luft verbieten zu lassen.

Trotz massiver Proteste und der Intervention des Athener Gesundheitsministeriums sowie mehrerer wissenschaftlicher Institute wurden 1989 drei Flugsprühungen durchgeführt: am 8. und 24. August sowie am 11. September. Wurde der erste Giftregen den örtlichen Bürgermeistern immerhin noch wenige Tage zuvor per Telegramm der Präfektur auf Korfu angekündigt, so kündigte die weiteren zwei Einsätze erst das Radio am Tag der Sprühungen selbst an.

BAYER HELLAS leugnet die Karzinogenität von LEBAYCID. In einem Brief vom 20.07.87 an Antiochos droht das Unternehmen dem Bürgermeister gar mit

La mejor protección

Productos Nuevos

Cropotex 50 WP
Baytroid TM 25 SL
Monceren 250 FS
Monceren-CA 70 WS
Bayfidan 250 EC

por: 185-Pbia.Libre

Si es Bayer, es bueno.

Los nuevos productos... al servicio de la agricultura

Cropotex 50 WP
Baytroid-TM
Monceren-CA

Pestizidwerbung im Peru

einem Prozeß wegen Falschaussage und Interessenschädigung.

Wie groß das Interesse des Konzerns am Verkauf von LEBAYCID ist, macht immerhin die Tatsache deutlich, daß BAYER der beklagten Landwirtschaftsbehörde einen Rechtsanwalt und einen Sachverständigen zur Seite stellt.

Kasten: 1

Aus einem Brief von BAYER HELLAS an Spyros Antochos, den Bürgermeister von Magazion auf Paxos, vom 20.07.87:

"... Wir sind informiert, daß Sie mit der Landwirtschaftsbehörde, die für die Bekämpfung der Olivenfliege verantwortlich ist, in Debatte stehen. ... Sie haben sich gegen die Bekämpfung der Olivenfliege aus der Luft ausgesprochen und benutzen dabei falsche Informationen über das Pestizid LEBAYCID, das - Ihrer Ansicht nach - carcinogen sei. Ob Sie mit der Besprühung aus der Luft einverstanden sind, oder nicht ... ist Ihr Problem, uns interessiert das nicht.

Die Behauptungen aber zu unserem Produkt entbehren jeder Basis, sie sind unwar und schädlich. Sie schädigen zu allererst den Namen unserer Firma und unsere Interessen. Wir sind gezwungen, uns gerichtlich zur Wehr zu setzen. Wenn Sie Informationen über das Pestizid LEBAYCID haben wollen, so fragen Sie nach den Informationen, die dem Landwirtschaftsministerium vorliegen sowie nach Berichten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Agrarorganisation (FAO). ..."

Kasten: 2

LEBAYCID - "highly hazardous"

Der Wirkstoff von LEBAYCID ist FENTHION, eine nach Knoblauch riechende Flüssigkeit. 1958 von BAYER/Leverkus entwickelt, wurde das Insektizid sehr schnell im Hygiene-sektor, z. B. zur Stechmücken und Dasselfliegenbekämpfung in der Nutztierhaltung, eingeführt. Doch auch gegen beißende und saugende Insekten im Obst-, Gemüse-, Acker-, und Weinbau wird LEBAYCID empfohlen.

BAYER vertreibt den Wirkstoff weltweit unter neun verschiedenen Handelsnamen.

Ergebnisse toxikologischer Untersuchungen mahnen zur Vorsicht: "Nach Behandlung mit FENTHION wurden bei Mäusen teratogene und embryotoxische Wirkungen beobachtet (Bodreau und Singh, 1973) ... Zwar hatten selbst höhere Dosen von FENTHION keinen Einfluß auf die Größe der Nachkommen oder auf die Überlebensrate. Das Geburtsgewicht war jedoch reduziert." (aus: G. H. Schmidt, Pestizide und Umweltschutz, 1986)

Im Pflanzenschutzverzeichnis der für die Zulassung von Pestiziden in der Bundesrepublik zuständigen Biologischen Bundesanstalt ist FENTHION als "gesundheitsschädlich, Gefahrensymbol Xn" eingestuft. Zusätzlich werden folgende Hinweise gegeben:

bienengefährlich
keine Anwendung auf geneigten Flächen wegen Gefahr der Abschwemmung durch Regen und Bewässerung
zur Anwendung im Mittel LEBAYCID zugelassen ist 0,1 % Wirkstoffanteil
Wartezeit: 14 Tage
Der Pestizid-Kodex von FAO (Weltnahrungsmittel- und Landwirtschaftsorganisation) und WHO (Weltgesundheitsorganisation) legt eine Höchstgrenze für Pestizidrückstände in Oliven von 1 mg/kg fest. Bei der WHO ist FENTHION als "highly hazardous" (hochgefährlich, Klasse 1b) eingestuft.

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' unterstützt die 'Bewegung' in ihrem Prozeß und fordert die Einstellung der Lieferung von LEBAYCID an die griechische Landwirtschaftsbehörde durch BAYER. □

Erweiterung in Japan

BAYER ist mit der Entwicklung des Pestizid-Geschäftes insgesamt unzufrieden. So rutschte der Konzern 1987 international von Platz 1 auf Platz 2 (vgl. SWB 4/89, S.12).

Mit der Fertigstellung der zweiten Ausbaustufe des YUKI RESEARCH

CENTER nördlich von Tokio in der Präfektur Ibaraki ist BAYER nun neben der BRD (Monheim) und den USA (Kansas City) auch in Japan mit einem agrochemikalischen Forschungszentrum vertreten.

Das YUKI RESEARCH CENTER gehört zur NIHON NOYAKU SEIZO K. K., einer 1941 von den IG FARBEN bereits gegründeten Gesellschaft, an der BAYER mit 50 % beteiligt ist.

Das YUKI RESEARCH CENTER beschäftigt ca. 110 KollegInnen und verfügt über einen Jahresetat von etwa 30 Mio. DM. Neben der chemischen und biologischen Forschung - die Toxikologie soll später noch angegliedert werden - sei auch eine "Umwelt-Effekte-Forschung" geschaffen worden, betont man bei BAYER.

BAYER verspricht sich von der Einrichtung des Forschungszentrums Vorteile beim sich "verschärfenden Wettbewerb ... japanischer und transnationaler Unternehmen" in Japan. □

EG-Richtlinie: Kein Handelshemmnis für Ultragifte

In Brüssel braut sich ein Anschlag gegen Umweltschutz und Ökologie zusammen. Was bei uns verboten ist, soll demnächst über eine EG-Richtlinie "über das Inverkehrbringen von EWG-zugelassenen Pflanzenschutzmitteln" hinterrücks wieder eingeführt werden. Soll doch jedes in irgendeinem EG-Land zugelassene Pestizid in jedem anderen Mitgliedsstaat erhältlich sein, selbst dann, wenn es nach nationalen Vorschriften dort verboten ist. Ein nationales Veto gegen die Einfuhr eines national verbotenen Giftes würde - ist die EG-Vorschrift erst einmal in Kraft - als "illegales Handelshemmnis" geahndet.

Möglich wurde dieser chemiepolitische Coup durch massive Lobbyarbeit der chemischen Industrie in Brüssel.

Sogar das EG-Parlament wurde geschickt ausgehebelt. Die geplante Richtlinie soll nicht gemäß EG-Vertragsartikel 100a (Angleichung der Rechtsvorschriften im Rahmen des Binnenmarktes), der eine Mitwirkung des EG-Parlaments vorsieht in Kraft gesetzt werden, sondern gemäß Artikel 43 (Gemeinsame Agrarpolitik), der die Agrarminister unter sich läßt.

Für BAYER und Co. eröffnen sich ungeahnte Möglichkeiten. In der BRD

verbotene Pestizide lassen sich über den Umweg über andere EG-Staaten wieder auf den Markt bringen. Obendrein dürfen Risiken von Pestiziden nach der neuen Richtlinie ganz offiziell verschwiegen werden, die Schäden müssen lediglich unter einer "wirtschaftlich akzeptablen" Toleranzschwelle bleiben. "Da bleibt", so GREENPEACE-Sprecher Klaus Lanz, "kaum ein Wunsch der Chemie-Industrie unberücksichtigt."

Pestizide machen sich vom Acker weg in die Luft

BAYER ist der zweitgrößte Pestizidproduzent der Welt. Wie jetzt bekannt wurde, sind die Agro-Gifte bedeutend gefährlicher, als vom Konzern zugegeben wird. Das ist das Ergebnis einer Studie der Biologischen Bundesanstalt (BBA).

Der besondere Skandal ist, daß der Auftraggeber der Studie, das Bundesumweltministerium die Studie mindestens seit Mai 89 der Öffentlichkeit vorenthielt.

Über die erschreckenden Ergebnisse der BBA-Studie berichtet Carina Weber vom Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN), Hamburg:

"Die Ergebnisse der Studie sind von höchster Brisanz: Obwohl die Mehrzahl der zugelassenen Pestizide aufgrund ihres niedrigen Dampfdruckes zu den schwer flüchtigen Substanzen zählen, zeigt sich, daß unter Feldbedingungen bis zu über 90 % der ausgebrachten Pestizide innerhalb von sechs Stunden in die Luft übergehen können.

Da bisher bei der Zulassung von Pestiziden vor allem auch der Dampfdruck als Bewertungskriterium für das Verhalten von Pestiziden in der Umwelt herangezogen wurde, müssen existierende Zulassungskriterien neu bewertet werden.

Mit den Ergebnissen der Studie wird eine wichtige Erkenntnislücke geschlossen. Sie erklären die immens hohen Funde von Pestiziden im Regen und im Nebel. Messungen der Kölner Wasserwerke ergaben Werte von bis zu 1,03 Mikrogramm pro Liter Regenwasser, und über landwirtschaftlichen Flächen in den USA wurden 10 Mikrogramm pro Liter Regen festgestellt.

Auf der Grundlage der vorliegenden Erkenntnisse fordern PAN und der 'Bund für Umwelt und Naturschutz' (BUND) von der Bundesregierung endlich eine

Pestizide, Kunststoffe

Umwidmung der Gelder weg vom chemischen Pflanzenschutz und hin zu einem ökologischen Landbau."

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' fordert weiterhin, daß in die Umwelt verdunstende Pestizide nicht mehr hergestellt werden dürfen. □

EG-Grenzwerte nicht einzuhalten

Das Grundwasser in der Bundesrepublik ist teilweise stark mit Pestiziden belastet. Darauf weist - zum wiederholten Male - der 'Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft' (BGW) hin. Deshalb könne der von der EG schon vor Jahren festgeschriebene, von der Bundesregierung jedoch immer wieder ausgesetzte, Grenzwert von 0,5 Mikrogramm Pestiziden pro Liter Wasser nicht eingehalten werden.

Nach Plänen des Bundesgesundheitsamtes/BGA soll die im Oktober 1989 nun doch endlich in in der BRD Kraft getretene EG-Richtlinie weitere 10 Jahre ausgesetzt werden. Die Wasserwerke dürfen während dieser Zeit den Grenzwert um das Zwanzigfache überschreiten.

Der BGW meldet, daß derzeit pro Tag durchschnittlich 100 Tonnen Pestizide verspritzt werden. Diese mit Aktivkohlefiltern aus dem Trinkwasser herauszufiltern sei sehr kostspielig und darüber hinaus nicht immer möglich (!).

Der BGW, wie auch die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' und andere Umweltverbände, fordern daher ein Verbot aller wassergefährdenden Pestizide. □

Kunststoffe... Ökonomie

K 89 - BAYER voll im Kunststofftrend

K 89 - das Kürzel steht für die größte internationale Kunststoff-Fachmesse, die im November 1989 in Düsseldorf stattfand. Mit 1'800 qm Ausstellungsfläche war der Konzern als einer der größten dabei.

Kunststoffe sind bei BAYER mittlerweile mit etwa 30 % am Konzernumsatz beteiligt. Tendenz: steigend. Insbesondere der stetig wachsende Anteil an den Produkten in der Automobil- und Elektronikindustrie beschert BAYER, goldene Zeiten. So wird erwartet, daß der



Weltverbrauch an "Technischen Thermoplasten" bis zum Jahr 1992 von 4,9 auf 5,8 Mio. Tonnen und bei "Polyurethanen" von 4,6 auf 5,4 Mio. steigen wird. Ähnliche Zuwachsraten sind "Thermoplastischen Elastomeren", "Synthesekautschuken", "Lack- und Klebstoffen" sowie "Technischen Folien" beschert. Nicht umsonst hat BAYER z.B. 1988 knapp 440 Mio. DM in die Plastik-Entwicklung und -Forschung gesteckt. Gleichzeitig wurde und wird bei BAYER an vielen Standorten in aller Welt die Kunststoffproduktion weiter ausgebaut.

Dabei fehlt es allorten an geeigneten Entsorgungsmöglichkeiten für den ständig wachsenden Kunststoff-Müllberg. Nach Zahlen des Verbandes der Kunststoffherstellenden Industrie (VKE) - BAYER sitzt natürlich im Vorstand - entstehen in der Bundesrepublik 2,5 Mio. Tonnen Kunststoffabfälle, 1,1 Mio. Tonnen davon stammen aus Haushalten. Recyclet werden lediglich 0,5 Mio. Tonnen, auf der Deponie landet der Löwenanteil von 1,3 Mio. Tonnen und verbrannt - mit allen ökologischen Risiken - werden 0,7 Mio. Tonnen. □

Kunstfasern werden rationalisiert

Der Kunstfaserbereich bei BAYER ist seit Jahren rückläufig. Der Konzern machte auch 1988 wieder ein Minus von 70 Mio. DM. Deshalb wird die in Europa weitgehend auf das Werk Dormagen konzentrierte Produktion mehr und mehr ra-

tionalisiert. Alte Acrylfaser-Maschinen (DRALON) werden durch modernste Technik ersetzt.

Der BAYER-Konzern ist neben ENIMONT der größte Acrylfaserproduzent der Welt. Er fertigt jährlich etwa 175'000 jato DRALON in den Werken Lingen und Dormagen und weitere 30'000 jato in Lima/Peru. □

DORLASTAN-Ausbau

Für die in Dormagen produzierte und im Gegensatz zu DRALON gut absetzbare Kunstfaser DORLASTAN will BAYER in Europa einen neuen Produktionsstandort errichten. In Italien, dem Land mit dem größten DORLASTAN-Absatz, soll bis 1992 in Filago eine Anlage für eine Jahresproduktion von 2'500 jato entstehen.

Die Dormagener Produktion - ca. 3'000 jato pro Jahr - wird durch neue Anlagen modernisiert. □

Latex-Ausbau

Der BAYER-Konzern, ohnehin einer der bedeutendsten Latexproduzenten Europa's, baut seinen Markt weiter aus. Er stellt sich damit auf den rasch wachsenden Markt beschichteter Spezialpapiere ein, der derzeit wie kaum je zuvor expandiert.

BAYER stellt Latex in der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Italien, den USA und Brasilien her. In Italien - im Werk Filago - wird die Latex-

kapazität verdoppelt. Ein weiterer Ausbau in Europa ist in Vorbereitung.

In Finnland kooperiert BAYER mit einem der größten Papierhersteller, der VEITSILUOTO OY in Oulo. Diese Firma ist zugleich über ihren Chemiebereich einer der größten lokalen Latexprouzenten ist. Die Kooperation umfaßt Herstellung, Entwicklung und Marketing. □

Standorte..... Umweltgifte..... Unfälle

Stürme durch FCKW

„Bisher nicht dagewesen“, ist einer Aussage des Seewetteramtes Hamburg die im Januar/Februar 1990 in Europa erlebte Folge von Stürmen. Prof. Dr. Wolfgang Seiler vom Fraunhofer Institut in Garmisch-Partenkirchen sieht die Ursachen in den gravierenden Klimaveränderungen, die wir heute erleben und die erst vor 30 Jahren verursacht wurden. Die Untaten der heutigen Gesellschaft schlugen in drei bis vier Jahrzehnten verheerend zu Buche, so Prof. Seiler.

Die Aufheizung des Klimas, als Ursache der Wetterextreme, resultiere zu etwa 50 % aus Kohlendioxidausstoßen und immerhin zu einem Drittel aus Flourchlor-Kohlenwasserstoffen (FCKW). Prof. Seiler fordert daher ein generelles Verbot aller FCKW-Waren in der Chemie.

Davon betroffen wäre auch der BAYER-Konzern, der immer noch FCKW in Medikamenten und POLYURETHAN-Schäumen verwendet. □

Die Geschichte eines BAYER-Abfallproduktes

von Dr. Walther Enßlin, Chemielehrer, Mitglied der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren'

Einen vertraulichen Hinweis aus der Stadtverwaltung erhielten wir, die Chemie-Arbeitsgemeinschaft des Hildener Helmholtzgyrnasiums, im vergangenen Jahr (1989). Hinter einer Mauer, inmitten unserer Stadt sollte sich eine wilde Deponie befinden.

Was wir fanden, verschlug uns die Sprache: Berge von Industriemüll und giftigen Chemikalien, Radio, Kühlschrank, Gartenabfälle, Bauschutt und überall der süßliche Geruch von PARA-DICHLORBENZOL, auf dessen Tüten mit dem typischen BAYER-Kreuz wir überall gestoßen waren. Wir erstatteten Strafanzeige

gegen eine ortsansässige Schleifmittelfirma, die das BAYER-Produkt bezog, und erstellten eine Dokumentation in der wir nachweisen konnten, daß schon seit Jahren mehreren Behörden in der Stadt, dem Kreis sowie den großen Ratsfraktionen die illegale Deponie bekannt war.

Für ihre Arbeit gewannen die Schüler den 'Europäischen Sonderpreis für Boden'. Doch damit war die Geschichte leider nicht zu Ende, im Gegenteil, sie fing erst richtig an.

Völlig unklar war uns, wofür eine Schleifmittelfabrik PARA-DICHLORBENZOL in so großen Mengen verwendet. Das Lexikon berichtet nur, daß PARA-DICHLORBENZOL früher als industrielles Abfallprodukt der Pestizidherstellung beseitigt wurde, später eine interessante Abfallbeseitigung als Toilettensteine, als Mottenbekämpfungsmittel und als "Luftverbesserer" in Särgen erfuhr, neuerdings aber auch als industrielles Zwischenprodukt für Pestizide, als Lösungsmittel für Lacke und Gummi, als Grundstoff für einen bestimmten Kunststoff, als Desinfektionsmittel, als Fungizid und Bakterizid in Haushalt und öffentlichen Toiletten laut BAYER noch immer seine Berechtigung haben sollte.

Dadurch nicht klüger geworden, fragten wir beim staatlichen Gewerbeaufsichtsammt an, das uns eine verblüffende Auskunft erteilte. Die Schleifmittelfirma hatte PARA-DICHLORBENZOL illegal für die Erzeugung griffiger Schleifscheiben verwandt. Hierzu vermischten sie das BAYER-Gift mit Schleifkorund und Ton, gaben das Gemisch in einen Brennofen und brannten das Ganze wie ein normales

Tongefäß bei bis zu 1'200 Grad Celsius. Das beigemischte PARA-DICHLORBENZOL schmolz, verdampfte und hinterließ so Löcher in der Scheibe, die für Griffigkeit sorgten.

Diese Information elektrisierte uns, denn von PARA-DICHLORBENZOL bis zum POLYCHLORIERTEN DIBENZODIOXIN und -FURAN ist es nur ein kurzer Weg, der in der Hitze leicht durchlaufen wird. In unserer Einschätzung wurden wir sowohl vom Bundesgesundheitsamt, als auch von der Firma BAYER voll bestätigt ...

Uns war noch unklar, inwieweit die Schleifmittelfirma von dieser DIOXIN- und FURAN-Gefahr bei der Produktion wissen konnte. Unsere nochmalige Anfrage bei BAYER und HENKEL forderte Sicherheitsdatenblätter für PARADICHLORBENZOL zutage, in denen mit keinem Wort auf die bedrohlichen Gifte hingewiesen wurde. Im Gegenteil: Der BAYER-Konzern schlägt in dem von ihm erstellten neuesten DIN-Sicherheitsdatenblatt vom 26.04.89 für die Entsorgung eine kontrollierte Verbrennung vor.

Kein Wort von DIOXINEN und FURANEN, nicht einmal von PHOSGEN - unrühmlich bekannt geworden als Kampfstoff - auf dessen mögliche Bildung schon das Chemielexikon verweist.

Nach unseren Recherchen hat die Schleifmittelfirma über 30 Jahre lang, vermutlich aber ohne Kenntnis der Gefahren, dieses PARA-DICHLORBENZOL in ihren Brennöfen "verarbeitet" und dabei



Sondermüll PARADICHLORBENZOL: "entsorgt" in Pinkelsteinen und Schleifscheiben

sicher große Mengen DIXINE und FURANE erzeugt.

Die Firma BAYER zog sich aus der Verantwortung, indem sie der Presse mitteilte, die Schleifmittelfirma habe das PARA-DICHLORBENZOL nicht vom Unternehmen direkt, sondern über einen Zwischenhändler bezogen.

Noch 1988 ließ die Stadt Hilden die auf der Deponie gelegenen Baracken der Schleifmittelfirma für Asylanten ausbauen, die so, neben den Arbeitern der Firma, in den "Genuß" der Großchemieabfälle kommen.

Sowohl die Meldung der DIOXIN-Gefahr an den stellvertretenden Bürgermeister als auch an 'Untere Wasserbehörde' und Gewerbeaufsichtsamt erbrachte im ersten Anlauf keine Reaktion. ...

Wie uns bekannt wurde, produziert die Hildener Firma munter weiter mit PARA-DICHLORBENZOL ihre Schleifscheiben ... Dennoch beruhigte sie das staatliche Gewerbeaufsichtsamt: PARA-DICHLORBENZOL werde weder gelagert, noch verarbeitet. Viel kann der Schleifmittelfirma ohnehin nicht passieren, denn die illegale Produktionsmethode stellt lediglich eine Ordnungswidrigkeit dar und wird nur minimal bestraft. ...

Unsere Vorwürfe richten sich vor allem gegen die Firma BAYER, die völlig unzureichende DIN-Sicherheitsdatenblätter erstellt, in denen nirgends auf die schon fast jedem Bürger bekannte DIXIN-Gefahr aus CHLORAROMATEN hingewiesen wird. Abzulehnen ist auch, daß sich BAYER vor der Produkthaftung drücken möchte, indem man behauptet, nicht direkter Geschäftspartner der Schleifmittelfirma zu sein. Dies ist für eine Produkthaftung relativ uninteressant, darüber hinaus kann bei einem 30jährigem Bezug der Chemikalie diese Ausflucht getrost angezweifelt werden.

Es geht nicht an, daß sich die chemische Industrie immer wieder aus der Verantwortung für die Verseuchungen von Boden, Wasser und Luft schleicht und dabei den Bürgern sowohl die Gesundheitsgefahren, als auch die Last der Sanierung des Lebensraumes aufhalsl. □

DIOXIN im Abwasser?

Der alljährliche Geschäftsbericht einer Aktiengesellschaft, von § 160 des Aktiengesetzes verpflichtend vorgeschrieben, "hat den Grundsätzen einer gewissenhaften und getreuen Rechenschaft zu entsprechen" (Absatz 4). Daß dies in Bezug auf BAYER einmal weniger zutrifft, be-

legt folgender Passus, in dem es heißt: "Organische Bestandteile der Abluft werden bei uns zunehmend in speziellen Reinigungsanlagen - den Thermischen Abluftreinigungsanlagen (TAR) - umweltgerecht verbrannt. Wir haben in unseren Werken bisher 30 solcher TAR-Anlagen und werden 20 weitere in den Werken Leverkusen, Elberfeld und Uerdingen bauen. ... Eine derartige Anlage wurde 1988 im Werk Elberfeld im Pflanzenschutz-Technikum in Betrieb genommen. Sie saugt stündlich bis zu 5'000 Kubikmeter Abluft aus den Versuchsanlagen des Technikums ab und verbrennt die organischen Bestandteile zu Kohlendioxid und Wasser. Über zwei nachgeschaltete Rauchgasreinigungsstufen werden die löslichen Bestandteile des Abgases herausgewaschen und der biologischen Kläranlage zugeführt. ..."

Der Chemiker Dr. Michael Braungart erklärt, was diese BAYER-Umschreibung in Wirklichkeit meint: "Wenn man in eine biologische Kläranlage Stoffe aus einer Rauchgasreinigung einleitet, dann geht es darum, daß die Grenzwerte für Salz ausgeschöpft werden sollen: In Abwässern aus Verbrennungsanlagen sind nämlich keine biologisch abbaubaren Stoffe drin, jedenfalls nicht in relevanter Menge. Dagegen sind durchaus Salze oder schwer abbaubare Stoffe wie beispielsweise DIOXINE drin. Und wenn man solche Abwässer in eine Kläranlage einleitet, dann will man sie nicht reinigen, sondern verdünnen, um entsprechende Grenzwerte zu unterschreiten."

Wie heißt es noch gleich an anderer Stelle im BAYER-Geschäftsbericht? Man habe "umfassenden Umweltschutz und größtmögliche Sicherheit, hohe Qualität der Produkte und optimale Wirtschaftlichkeit zu gleichrangigen Zielen erklärt." Selbst für das Manager-Blatt "Management Wissen" ist das ganze "Bluff auf Hochglanzpapier". □

Milchzähne für ein zahnloses Gesetz? Zur Novelle des Chemikaliengesetzes

von Dieter Grenier, Dipl. Chem., Mitglied der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren'.

Zur Drucklegung dieser Ausgabe des SWB wird das Chemikaliengesetz (ChemG) voraussichtlich in seiner novellierten Form vom Bundesrat verabschiedet sein. Zehn Jahre nach seiner Verabschiedung war eine Überarbeitung dringend notwendig.

Zur Erinnerung sei auf die wesentlichen Kritikpunkte am alten Gesetz noch einmal hingewiesen:

- Das Gesetz sah nur eine Überprüfung sogenannter "neuer Stoffe" vor. Die Stoffe ("alte Stoffe"), mit denen bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzes Handel getrieben worden war, wurden nicht überprüft.

- Die Bundesregierung war aufgrund dieses Gesetzes faktisch nicht in der Lage, als besonders gefährlich erkannte Stoffe zu verbieten oder bestimmten Anwendungsbeschränkungen zu unterwerfen. Die peinliche Geschichte des Verbots von PENTACHLORPHENOL (PCP) ist manchem in un guter Erinnerung.

- Eine Aufarbeitung des gesundheits- und umweltgefährdenden Potentials der "Altstoffe" wurde nur sehr zaghaft in Angriff genommen und außerdem noch in die Verantwortung der industriefreundlichen Standesorganisation "Gesellschaft Deutscher Chemiker" gelegt. Das Ergebnis ist eine Bewertung von nur wenigen Stoffen, die zudem noch fachlich und politisch recht umstritten geblieben ist.

- Eine Beteiligung der Öffentlichkeit an Genehmigungs- oder Verbotsverfahren war in entscheidenden Bereichen nicht vorgesehen. Gerade mangels dieser Beteiligung konnten wichtige Informationen für einzelne Personen und Organisationen nicht oder nur unvollständig zugänglich gemacht werden; eine Einwirkungsmöglichkeit auf Regelungen für einzelne Stoffe bestand dadurch kaum.

Diese Kritik wurde von Umweltschutzorganisationen und der Coordination gegen BAYER-Gefahren immer wieder vorgebracht und auch teilweise von SPD und Grünen im Bundestag eingebracht. Da auch auf Ebene der Europäischen Gemeinschaft an einer Novellierung des Chemikalienrechts gearbeitet wird, mußte die Bundesregierung dem Druck nachgeben und einige der Forderungen in einer Gesetzesnovelle aufnehmen. Die Veränderungen sind allgemein Schritte in die richtige Richtung, die allerdings immer noch nicht den Hauptanforderungen der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' an das Chemikalienrecht nachkommen.

Diese Hauptanforderungen sind besonders die Erstellung einer sicheren Datenbasis über Produkte und Schädigungen bzw. Gefahren durch Produkte von BAYER, die Regelung der Haftung (Stichwort: verschuldensunabhängige Gefährdungshaftung) und die schnelle Möglichkeit des Verbots oder der Beschränkung

ren, dieses PARA-DICHLORBENZOL in ihren Brennöfen "verarbeitet" und dabei bestimmter besonders gefährlicher Produkte.

So wurde im Gesetz nicht eine grundsätzliche Herangehensweise verankert, die bereits vor der Betrachtung der schädlichen Wirkung eines Stoffs die Frage nach der Notwendigkeit der Anwendung dieses Stoffes stellt. Allerdings ist eine Regelung eingearbeitet worden, die ein Verbot von gefährlichen Stoffen ermöglicht, wenn weniger gefährliche Ersatzstoffe zur Verfügung stehen.

Besonders kritisch ist ebenfalls zu sehen, daß das neue ChemG immer noch keine Möglichkeiten vorsieht, auf besonders problematische Stoffe Abgaben z.B. in Form von Steuern zu erheben. Damit fehlt immer noch eine Handhabe gegen die Vermarktung des giftigen BAYER-Chemieabfalls PARA-DICHLORBENZOL (pDCB) in Särgen bzw. früher in PINKELSTEINEN.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit in den Entscheidungsgremien soll durch das Gesetz leicht verbessert werden. Der Anmelder eines neuen Stoffes muß u.a. die Forderung nach Geheimhaltung bestimmter Daten gesondert begründen. Wir dürfen aber wohl erwarten, daß die BAYER-Rechtsabteilung in dieser Hinsicht vergrößert wird...

Die von uns geforderte Stimmenmehrheit für Verbraucher- und Umweltverbände in den durch das ChemG eingerichteten Entscheidungsgremien bleibt weiterhin versagt. Das Verhalten der Vertreter der IG Chemie wird wohl auch in Zukunft BAYER vor allzu scharfen Folgen der Demokratie schützen.

Ein sensibler Bereich ist im Chemikaliengesetz mit einer unscheinbaren Formulierung ausgenommen worden: Die Bundeswehr darf weiter machen, was sie will. Hier gelten die Regelungen des Chemikaliengesetzes wie vorher auch im Prinzip nicht. Das Ergebnis: Auch heute weiß niemand, ob die Bundeswehr evtl. immer noch mit BAYER-PCB's als Hydraulik-Ölen in ihren Panzern fährt.

Die gewachsenen Milchzähne des ChemG sind damit also nicht etwa scharf geworden. Immer noch ist öffentlicher Druck das stärkste Mittel, um besonders gefährliche Stoffe vom Markt zu bekommen. Das wird weitere Aktivitäten der "Coordination gegen BAYER-Gefahren" erfordern.

Übrigens: Für so wichtige BAYER-Produkte wie Pestizide oder Medikamenten gilt das ChemG weiter nicht. □

Kampfstoffe.....

BAYER: Kampfstoffe an den Iran?

Erst am 27.11.1989 dementierte der Vorstandsvorsitzende des BAYER-Konzerns öffentlich einen schrecklichen Verdacht der Kölner Oberfinanzdirektion. Diese hatte geäußert, BAYER habe Pestizide, tauglich, daraus Kampfstoffe zu produzieren, an den Iran gelieferte. BAYER-Chef Strenger dazu: "... Bei unserer allgemein bekannten Einstellung zu diesem Thema gehen uns solche Anschuldigungen - ich spreche das ganz offen aus - unter die Haut. Im Interesse unseres Unternehmens, seiner Führungsmannschaft und seiner ganzen Belegschaft weise ich alle Anschuldigungen, die in diese Richtung zielen, gleich von wem sie kommen, mit aller Entschiedenheit zurück."

Kaum waren die markigen Worte verklungen, hat sich zusätzlich zur Kölner Oberfinanzdirektion die Staatsanwaltschaft der Domstadt eingeschaltet. Ein Sprecher der Anklagebehörde erläuterte, daß für den Fall, daß eine von BAYER an den Iran gelieferte Anlage zur Formulierung von Pestiziden auch zur Herstellung von Kampfstoffen genutzt werden könnte, eine Ausfuhrgenehmigung des Bundesamtes für Wirtschaft in Eschborn erforderlich gewesen wäre. Denn einer Ausfuhrliste von 1984 des Außenwirtschaftsgesetz zufolge besteht für "Anlagen...geeignet für die Untersuchung, Herstellung, Verarbeitung oder Erprobung von phosphororganischen Verbindungen ..." ein striktes Exportverbot. Eine solche Ausfuhrgenehmigung hat BAYER zu keiner Zeit eingeholt.

Der Iran orderte zwischen 1983 und 1985 Anlagenteile für die Lizenzproduktion von Pestiziden der Gruppe der PHOSPHORSÄUREESTER, chemische Verwandte von Kampfstoffen, für eine im Bau befindliche Produktionsstätte in Ghazvin in der Nähe von Teheran. Ein Bestandteil des Auftrages, Wert: 5 Mio. DM, war das Endstück der geplanten Fabrik, in dem die nach der Synthese zähen Pestizide verdünnt und gemischt werden können.

Weiterer Bestandteil des Auftrages: Eine BAYER-Lizenz zur Herstellung von PHOSPHORSÄUREESTERN für 3 Mio. DM. Wie aus einem Auftrag der Frankfurter Tochter-Firma der Frankfurter BAYER-Schwester HOECHST, der Firma LURGI, mit der Planung der Fabrik beauf-

Anzeige



AG SPAK BÜCHER

AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2
Tel.: 089/774978

Trudi und Heinz Schulze (Hg) ZUKUNFTSWERKSTATT KONTINENT Volkserziehung in Lateinamerika ISBN 3-823 126-57-3 338 Seiten DM 28,-

In Lateinamerika hat sich, ausgehend von der Pädagogik Paulo Freires, eine Bildungsbewegung entwickelt, deren theoretischer Rahmen und damit verknüpfte praktische Erfahrungen ausführlich in diesem Buch dokumentiert werden.

Die Herausgeber, mit der Bildungsarbeit in Lateinamerika vertraut und in ständigem Kontakt zu vielen Gruppen und Institutionen der "education popular", lassen in diesem Band lateinamerikanische Volkserzieher und die Basisbewegungen selbst zu Wort kommen.

Einer aktuellen Theoriediskussion mit Beiträgen von Paulo Freire und Oscar Jara schließen sich Darstellungen von Konzeptionen einer politischen Bildungsarbeit an. Neben H.P. Gerhards Rückblick auf zwei Jahrzehnte Volkserziehung in Brasilien finden sich Beiträge zur praktischen Arbeit im einzelnen zu folgenden Schwerpunkten: Bildungsarbeit mit Frauen; Erziehung zum Frieden und für Menschenrechte; Kulturarbeit und Alfabetisierung; Gesundheits- und ökologische Bildungsarbeit; Volkserziehung und Theologie der Befreiung; Volkserziehung in Elendsvierteln und im ländlichen Bereich; politische Parteien und Volkserziehung u.v.a.m.

Berücksichtigt werden die Erfahrungen aus der politischen Bildungsarbeit in Nicaragua, Costa Rica, Kuba, Chile, Peru, Brasilien, Ecuador und Mexiko.



Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise
ag spak
publikationen

tragt, ersichtlich wird, sollten in Ghazvin die Mittel DIMETHOAT, MALATHION sowie DIAZINON hergestellt werden. Mittel, aus denen nach Einschätzung von Experten auch Kampfstoffe fabriziert werden können.

Längst gibt es iranische Pläne, in der Anlage von Ghazvin noch weitaus gefährlichere Stoffe, DIETHYLCHLORTHIONPHOSPHAT und PHOSPHORPENTASULFID, herzustellen.

Nach Hinweisen aus Kreisen des amerikanischen Geheimdienstes wurden die Firmen BAYER und LURGI am 13.08.1987 ins Bonner Wirtschaftsministerium gebeten, wo sie Rede und Antwort zum Iran-Geschäft stehen sollten. Der BAYER-Entsante jedoch schieg zu Ghazvin. Stattdessen lieferte BAYER unter Umgehung der Bundesregierung drei Monate später die Formulierungsanlage.

Wenig später allerdings kaufte BAYER die Pestizid-Lizenz zurück. Fühlte man sich damals bereits ertappt? Nach Strenger's Deutung hatte BAYER den Vertrag "1988 aufgekündigt, ...weil das Produkt inzwischen von der BAYER AG nicht mehr hergestellt und vertrieben wird..." Aber auch "weil aufgrund des allgemeinen politischen Umfelds im Mittleren Osten ein möglicher Mißbrauch nicht mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden könnte."

Daß die Bundesregierung möglicherweise frühzeitig besser informiert war, als sie zugibt, oder zumindest besser als ihr Außenministerium im August 1987, dafür spricht die Tatsache, daß König Hussein von Jordanien einen besorgten Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl verfaßt hat, aus dem die Mißbrauchgefahr im iranischen Ghazvin hervorgeht. Die Bundesregierung hat das Millionengeschäft womöglich nicht nur gebilligt, sondern sogar unterstützt. BAYER jedenfalls soll um Mithilfe bei dem Antwortbrief der Regierung an König Hussein gebeten worden sein.

Sollte eine dahingehende Meldung sich als zutreffend erweisen, offenbart sich hier eine grausige Kooperation zwischen einem Chemiemulti und der Politik, die vermutlich nicht annähernd erahnen läßt, wie verwoben der BAYER-Konzern mit der Politik selbst bei heikelsten Angelegenheiten ist. Dafür jedenfalls spricht die Tatsache, daß zum Thema "Hussein-Brief" "vorbereitete" Presseerklärungen abgegeben wurden, die zwischen Wirtschaftsministerium, Auswärtigem Amt, Bundeskanzleramt und BAYER abgestimmt waren. □

Umwelt..... Wasser..... Wissenschaft/

Zu viel NITRAT im Brunsbütteler Abwasser

BAYER hat Probleme mit der Kläranlage in Brunsbüttel. Der NITRAT-Gehalt im Abwasser ist zu hoch. Hinzu kommt, daß neue Verordnungen in den Bereichen Abwasser, Abluft und Abfallverbrennung erwartet werden. Deshalb auch werden alle Einrichtungen, die dem dienen, was bei BAYER "Umweltschutz" genannt wird, in einem neuen zentralen Büro- und Laborgebäude koordiniert, in dem 70 Menschen tätig sein werden.

Im November 1989 wurden zwei jeweils 2'000 Kubikmeter Abwasser fassende Tanks in Betrieb genommen, durch die zwei bestehende Tanks frei werden. Sie sollen im Zusammenhang mit einer Denitrifizierungsanlage zur Senkung des NITRAT-Gehaltes der Turmbiologie-Abwasser genutzt werden. Zusätzlich arbeitet eine Abwasserinhaltsstoffverbrennungsanlage. Die hier zugeführten Abwässer werden zuvor durch eine unlängst erweiterte Eindampfungsanlage konzentriert. Dadurch wird zusätzliche Kapazität bei der Verbrennung frei.

Der neue Sprecher der Umweltschutzabteilung Dr. Langenberg - Dr. Gefarth, der alte, ist zum internationalen Chemieindustrieverband nach Brüssel gegangen -, erläutert: "Wir können heute bis zu 140'000 Kubikmeter Wasser eindampfen. Parallel dazu haben wir ein neues Prozeßleitungssystem in Betrieb genommen, mit dem wir das Entsorgungsvorgehen noch besser überwachen und steuern können." □

"Abwasseraufbereitung in der chemischen Industrie ..."

Abwässer der chemischen Industrie werden, einer BAYER-Anzeige zufolge, gut mit LEWATIT-IONENAUSTAUSCHERN aufbereitet. Mit dieser "Technologie" würden die "neuen Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes voll erfüllt". Die verschiedenen Selektivharze versprechen die "Entfernung" von Quecksilber, Zink und Nickel.

Wie bereits seit Jahren von der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' immer wieder kritisiert, werden diese Ionenaustauscher von BAYER selbst

offensichtlich nicht eingesetzt. Denn dann müßten sich doch die Emissionen für die genannten Parameter bei BAYER, einem der größten Rheinverseucher, senken lassen. Es sei denn, LEWATIT hält nicht, was es verspricht. □

Arbeitsplätze..... Dritte Welt..... Gep...

Wiedereinstellung erreicht

von Achim Schmotlach, Mitglied im Vorstand der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren'

Wie berichtet wurden von BAYER DO BRASIL Gewerkschafter im Anschluß an einen dreißigtägigen Streik entlassen, die Gewerkschaftsleitung auf Betreiben des Konzerns in Haft genommen.

Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' hatte im Herbst letzten Jahres gemeinsam mit der Missionszentrale der Franziskaner sowie vielen anderen Organisationen, darunter auch die deutsche BAYER-Betriebsratsliste der 'Durchschaubaren', und Einzelpersonen eine Solidaritätskampagne zur Wiedereinstellung der Gewerkschafter gestartet. Mit "Offenen Briefen" an den BAYER-Vorstand und die IG CHEMIE, mit Pressekonferenz und Flugblattaktion vor den bundesdeutschen Werken.

Ende Februar wurde die Gewerkschaftsleitung von BAYER DO BRASIL wieder eingestellt.

Mit "Repression statt Lohn" und "Kraus und Rausschmiß" hatten die bundesdeutschen Medien das Vorgehen beschrieben. Noch kurz vor der Wiedereinstellung hatte die Unternehmensleitung mit einer Unterschriftenaktion versucht, die Gewerkschaftsleitung in einer Generalversammlung abzuwählen. Dies scheiterte an der Solidarität der KollegInnen.

Mitte Februar bat die Personalabteilung von BAYER DO BRASIL die Gewerkschaft um ein Gespräch. Per Vergleich wurde festgelegt, daß zehn der zwölf Direktoren der Gewerkschaft wieder eingestellt werden sollen. Die anderen zwei sollen weiter Lohn erhalten, aber nicht im gleichen Werk arbeiten dürfen. Gegen alle zwölf zieht BAYER DO BRASIL die Gerichtsprozesse zurück. Dazu verpflichtet sich die Unternehmensleitung zur Zahlung aller Rückstände an die zwölf Gewerkschaftsdirektoren.

Sicherlich ein Erfolg! Aber noch immer gibt es Probleme bei BAYER DO

BRASIL: Umweltverschmutzung, die Arbeitsbedingungen innerhalb der Fabriken, die Nichtzulassung von Fabrikkommissionen der Gewerkschaft, die Lage der bei Sub-Unternehmen Beschäftigten, die noch andauernde Entlassung der anderen Arbeiter... Ein Brief, den die 'Coordination' aus Brasilien erhalten hat, endet deshalb mit den Worten: "Die Arbeit geht weiter, wir müssen die Wege, die wir gehen werden, neu bewerten. Wir dürfen die Entlassenen ... nicht vergessen! Diese Arbeit darf nicht durch die Wiedereinstellung der Direktoren vernachlässigt werden."

Nicht immer zeigen sich Erfolge so deutlich, wie im Falle BAYER DO BRASIL. Dennoch ist dies der erneute Beweis, daß öffentlicher Druck gegen einen "Riesen" wie BAYER nicht wirkungslos verpufft.

Die 'Coordination' hatte die Aktionen ganz bewußt nicht auf Brasilien beschränkt. Hat doch BAYER in Peru ebenfalls Gewerkschafter entlassen. Erste gerichtliche Prozesse des Konzerns gegen sie fanden im Januar statt. BAYER INDUSTRIAL S. A. fährt unvermindert weiter auf dem Kurs der Repression.

Derzeit handelt die Gewerkschaft in Peru die Tarife für das Jahr 1990 aus. Die hohe Inflationsrate (1989: 2'775,3 % !!!) und die rigide Haltung der Unternehmensleitung haben zur Konsequenz, daß sich die Lage der ArbeiterInnen immer weiter verschlechtert. Eine automatische Angleichung der Löhne an die Inflationsrate - für die Angestellten seit langem erreicht -

wird den KollegInnen verwehrt. Die Unternehmensleitung hat in den zwölf Sitzungen zwischen dem 2. Januar und dem 9. Februar (1990) lediglich unzureichende Angebote gemacht:

- mangelnde Erhöhung des Grundlohnes, deren Höhe für den Verlauf des ganzen Jahres schon jetzt festgelegt werden soll. Im vergangenen Jahr noch wurde vierteljährlich neu verhandelt, wobei die aktuelle Inflationsrate wenigstens entfernt berücksichtigt wurde.

- Für die Miete eines Gewerkschaftshauses will BAYER einen nicht ausreichenden Anteil bezahlen. Dessen Erhöhung entsprechend der Inflationsrate soll nicht vereinbart werden.

- In den "Fondo de Prevencion Social", einen Fonds für soziale Notlagen, will BAYER INDUSTRIAL 12 Mio. Intis (1 US-\$ = 12'300 Intis) als Jahresbeitrag einzahlen. Dies jedoch nur unter der Bedingung, daß keine Streiks mehr stattfinden. Eine solche Konditionalität ist völlig neuartig in Peru.

Die Gewerkschaft hingegen fordert die Wiederherstellung der Kaufkraft. Sie rechnet vor, daß das Angebot der Unternehmensleitung eine Kaufkrafteinbuße um fast 50 % im Vergleich zum 01.01.1989 mit sich brächte.

BAYER INDUSTRIAL begründet seine mangelhaften Angebote mit der angeblich miserablen wirtschaftlichen Lage des Unternehmens. Die Gewerkschaft kontert in einer Sonderausgabe ihrer Zeitung "La Protesta" vom 31. Januar 1990:

- Im Zeitraum Januar bis Oktober 1989 hat BAYER INDUSTRIAL 12'279 Tonnen ACRYLFASER produziert. Dies entspricht einer Auslastung von 70 % der Kapazitäten. Im Landesdurchschnitt hat der Industriesektor in Peru eine Auslastung von nur 46,3 %.

- 1988 belegte BAYER INDUSTRIAL immerhin Platz 16 unter den in Peru tätigen Unternehmen, gemessen an den Nettogewinnen. Diese Stellung dürfte sich bis heute noch deutlich verbessert haben.

- BAYER INDUSTRIAL erhält für seine Importe einen staatlich subventionierten Dollar-Kurs. Das Unternehmen hat 1989 Güter und Vorleistungen in Höhe von 3'021'960 US-\$ importiert. Die staatliche Subvention betrug danach 45'500 Mio. Intis.

Unterdessen ist der Reallohn für eine fünfköpfige Familie auf 30% des offiziellen Warenkorbes geschrumpft.

In einer Anzeige der peruanischen Tageszeitung "La Republica" vom 12.2.1990 stellt die Gewerkschaft die Lage wie folgt dar: "In über 40 Verhandlungstagen behält die Arbeitgeberseite eine unnachgiebige Haltung und weigert sich die Forderungen zu erfüllen. Sie bietet lächerliche Lohnerhöhungen an, die nicht einmal die Inflationsrate des Jahres 1989 kompensiert. Sie lehnt die monatliche Indexierung der Löhne ab und verschlechtert die Arbeits- und Sozialbedingungen. Das Unternehmen hat in den letzten Jahren fabelhafte Gewinne auf Kosten des Opfers und der Ausbeutung der Arbeiter ... erhalten."

Die Schwierigkeiten der Gewerkschaftsleitung bei der zweiten BAYER-Niederlassung mit Namen BAYER PERU, die Pestizide und Pharmaka formuliert, sind noch weitergehend. Aufgrund massenhafter Entlassungen sind lediglich 24 festangestellte ArbeiterInnen noch im Werk. Ihr Tageslohn beträgt derzeit nur 58.200 Intis (ca. 4,7 US-\$). In dem Werk gibt es nach Auskunft der Gewerkschaft eine ungewöhnlich hohe Anzahl von sog. Führungskräften, alles Ausländer, v. a. Deutsche. Auf Lohnforderungen der ArbeiterInnen reagierte das Unternehmen ähnlich wie BAYER-INDUSTRIAL: Verweigerung der Indexierung aufgrund der angeblich schwierigen wirtschaftlichen Lage.

Im Januar (1990) wurde bekannt, daß die Aktien von BAYER PERU an der peruanischen Börse hoch im Kurs stehen. Sie waren mit dem zweitbesten Aktienkurs notiert. □



BAYER INDUSTRIAL IGBALON-Werk in Lima/Peru

“... keine BAYER-spezifischen Gründe”

Der BAYER-Vorstandsvorsitzende Hermann Josef Strenger sprach am 28.11.1989 auf einer Veranstaltung für "Leitende Mitarbeiter" u. a. zur Lage in Lateinamerika. Wie berichtet, hat BAYER in Brasilien und Peru KollegInnen entlassen und zahlt dort Löhne unterhalb des Existenzminimums (vgl. div. Artikel in SWB 1-2/89 und in diesem Heft). Offensichtlich sah sich der BAYER-Chef durch die Öffentlichkeitsarbeit der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren', der 'Missionszentrale der Franziskaner', der BAYER-KollegInnen von den 'Durchschaubaren' und vieler anderer seinen Angestellten gegenüber zu einer Erklärung verpflichtet. Nachfolgend einige interessante Auszüge aus den Ausführungen Strenger's:

“Allgemein ist die Situation dort (in Lateinamerika, d. Red.) recht schwierig. Inflationsraten, die in einigen Ländern mehrere hundert Prozent erreicht haben, meist unzureichendes Wirtschaftswachstum, soziales Elend und politische Unruhen prägen leider das Bild in weiten Teilen des Kontinents. Ich glaube, es ist verständlich, daß es vor diesem Hintergrund zu sozialen Konflikten kommt, die auch vor unseren Werkstoren nicht haltmachen. So wurde auch bei uns in Brasilien und in Peru gestreikt. Das hat natürlich sofort unsere politischen Gegner hierzulande auf den Plan gerufen, die keine Gelegenheit auslassen, unser Verhalten an den Pranger zu stellen. Ich bin aber überzeugt davon, daß es keine BAYER-spezifischen Gründe sind, die zu dieser Auseinandersetzung führen, denn wir zahlen weit überdurchschnittliche Einkommen und bieten Sozialleistungen, die in Südamerika alles andere als selbstverständlich sind. Mit unseren Lohn- und Gehaltszahlungen, der lokalen Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen, den Steuern sowie den Investitionen sind wir ein wichtiger Aktivposten in Südamerika. Hinzu kommt, daß wir den größten Teil der wirtschaftlichen Gewinne in den jeweiligen Ländern belassen und wieder investieren. Wir stehen zu unserem Engagement in dieser Region. BAYER ist kein Schönwetter-Unternehmen, das bei Schwierigkeiten untertaucht. ... Unsere Anlagen sind fast überall gut ausgelastet, und wir müssen jetzt verstärkt neue Kapazitäten schaffen. Ich möchte nicht auf einzelne Projekte eingehen...

Zunächst einmal wollen wir selbstverständlich Anlagen, die in jeder Hin-

sicht auf dem neuesten Stand der Technik sind, die allen Ansprüchen an Wirtschaftlichkeit, Qualität, Umweltschutz und Sicherheit genügen. ...”

Ob diese "Ausführungen" den "Leitenden Mitarbeitern" gereicht haben? □

Standorte..... Umweltauflagen

Neue Zentrale in Italien

Über 200 Mrd. Lire (knapp 300 Mio. DM) will BAYER in die Errichtung einer Zentrale in Italien investieren. Die neuen Gebäude entstehen auf einem 16'700 Quadratmeter großem Gelände an der Mailänder Autobahnausfahrt Nord (Messe-Nähe), das BAYER von der staatlichem IRI (Institut für industriellen Wiederaufbau) erworben hat. Dort sollen die Verwaltungen für BAYER ITALIA, AGFA-GEVAERT (Italien), MILES ITALIANA, TECHNICON (Italien) sowie HAARMANN & REIMER (Italien) zusammengefaßt werden. Diese Töchter beschäftigen 2'800 KollegInnen und stehen mit einem Bruttoumsatz von umgerechnet ca. 3,3 Mrd. DM bzw. einem Gewinn von 90 Mio. DM an dritter Stelle der Bilanz des BAYER-Konzerns hinter der Bundesrepublik und den USA. □

Investitionen in Elberfeld

Die anhaltend gute Absatzlage des umstrittenen Antibiotikums CIPROBAY führte zu Investitionen von 100 Mio. DM. Im BAYER-Werk Wuppertal-Elberfeld wurde eine neue Großanlage zur Produktion von CIPROBAY errichtet.

Weiterhin soll dort ein neues Kanalsystem zur Sammlung von Oberflächenwässern mit einem Kostenaufwand von 15 Mio. DM errichtet werden (vgl. SWB 3/89).

Im August 1990 sollen die 60 MitarbeiterInnen vom Werkschutz in ein neues, 3 Mio. DM teures Verwaltungsgebäude einziehen. "Schmuckstück des Neubaus wird eine moderne Leitstelle sein, die eine noch effektivere Koordination der vielfältigen Aufgaben ... ermöglicht", umschreibt BAYER die weiter optimierten Überwachungsmöglichkeiten.

Im Pharmaforschungszentrum in Wuppertal-Aprath wird mit Hochdruck das Institut für Toxikologie mit einem Finanzaufwand von insgesamt über 57 Mio. DM ausgebaut.

Beendet wurde bereits im November 1989 die 300 Mio. DM teure Modernisierung des Elberfelder Kohlekraftwerkes, das Fernwärme produziert. Das Geld stammt von der Stadt Wuppertal und den Stadtwerken. BAYER allerdings ist der größte Abnehmer. □

Investitionen in Brunsbüttel

Rund 60 Mio. DM will BAYER im laufenden Jahr 1990 in den Ausbau des Brunsbütteler Werkes investieren, 10 Mio. weniger, als im Vorjahr. Insgesamt habe der Konzern, so Werksdirektor Dr. Dieter Maßen, seit 1973, dem Beginn der Niederlassung in Brunsbüttel, dort 2,3 Mrd. DM investiert. Hinzukommen jährliche Betriebskosten von ca. 80 Mio. DM. Mit den für dieses Jahr bereitgestellten Geldern sollen vor allem die ANILIN-Produktion (48 Mio.) mit einer reaktivierten Anlage der ehemaligen SCHELDE-CHEMIE auf- sowie die Tanklager im Landeshafen Ostermoor ausgebaut (7 Mio.) werden. Dort verfügt BAYER seit 1988 über einen eigenen Anleger. Der An- und Abtransport von Rohstoffen und Produkten wird zukünftig vermehrt genutzt werden. Eine sich bisher in Containern befindliche Abteilung für Umweltschutz soll zentral untergebracht werden.

Vom 430 Hektar großen Betriebsgelände, auf dem POLYURETHANE, Farben und Kautschukzusatzprodukte produziert werden, sind erst 20 % bebaut. So bleibt noch Platz genug für die weitere Expansion.

Weil BAYER in Brunsbüttel trotz erheblicher öffentlicher finanzieller Förderung weitaus weniger Arbeitsplätze, als ursprünglich versprochen, geschaffen hat, - derzeit arbeiten dort knapp 1'800 KollegInnen - brüstet sich die Werksleitung damit, diverse Fremdfirmen beauftragt zu haben. Dadurch sollen angeblich zusätzlich 500 Arbeitsplätze eingerichtet worden sein. □

Wegen Umweltauflagen Gift nach Japan

BAYER läßt problematische Chemikalien in Japan produzieren. So jedenfalls lautet der Vorwurf einer japanischen Zeitung. BAYER habe die Konkurrentin SUMITOMO CHEMICAL CO. beauftragt, Farbstoffe und Pestizide herzustellen, um kostspielige bundesdeutsche Umweltauflagen zu umgehen.

BAYER bestritt indesessen lediglich das unterstellte Motiv, nicht aber den Fakt an sich: Die Firma habe "niemals aus Gründen strenger Umweltschutzbestimmungen die Herstellung von Produkten aus Deutschland oder anderen Ländern verlagert oder in Fremderstellung gegeben." □

BAYER AUSTRALIA erneut vor Gericht

von Uwe Friedrich, Mitglied der 'Coordination gegen BAYER-Gefahren', Dipl. Stadtplaner beim BUND,

In Australien baut der BAYER-Konzern die Anlage seiner Tochter KEMCON in einem nicht umweltverträglichen Maße unter dem dringenden Verdacht der Umgehung von Gesetzen aus. UmweltschützerInnen vor Ort ziehen vor Gericht.

Im April 1987 berichtete "Stichwort: BAYER" (SWB 1-287) über den gerichtlich erzwungenen Rückzug des BAYER-Konzerns von der Kurnell-Halbinsel an der Südostküste Australiens. Heftige Proteste des 'Kurnell-Action-Committee's' sowie zahlreicher internationaler Umweltschutzorganisationen, darunter nicht zuletzt die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren', erzwangen Anfang 1987 das Veto des Australischen Planungsministeriums gegen die Errichtung eines BAYER-Pestizidwerkes in der Nähe der Botany Bay - einem Naturschutzgebiet.

Auf der Hauptversammlung im Juni 1987 begründete der Vorstandsvorsitzende Strenger den Rückzug mit angeblicher Planungsunsicherheit für diesen Standort.

Doch BAYER AUSTRALIA blieb nicht müßig auf der Suche nach weiteren Möglichkeiten, seine Produktionskapazitäten u. a. für Pestizide auf dem fünften Kontinent auszuweiten. Schon Ende 1987 erwarb die Konzerntochter das australische Unternehmen KEMCON inklusive dessen Anlagen in North Wyong, etwa 100 km nördlich von Sydney. Noch vor Vertragsabschluß wurde die Erlaubnis des örtlichen Gemeinderates zu Um- und Ausbauarbeiten eingeholt. Diese sah - in Abstimmung mit der staatlichen Planungsbehörde - Ausbauarbeiten bis zu einer Grenze von 1 Mio. austr. Dollar vor. Bei weitergehenden Veränderungen der Anlage wäre eine Umweltverträglichkeitsprüfung vonnöten.

BAYER jedoch investierte - getreu dem Motto "Klotzen statt Kleckern" - für Erneuerungs- und Umbaumaßnahmen etwa 12,5 Mio. austr. Dollar in nur zwei Jahren. Die Aufsichtsbehörde wurde hinters Licht geführt und lediglich über Einzelmaßnah-

men informiert. Legt die hohe Investitionssumme doch eine Veränderung der Gesamtanlage in Ausstattung und Größe nahe.

Der KEMCON/BAYER-Standort grenzt direkt an schützenswerte Küstenfluchtgebiete, ein regional bedeutsames Erholungsgebiet mit hohem Touristenaufkommen vor allem an den Wochenenden. Die mit der 'Coordination' kooperierende regionale Bürgervereinigung 'Central Coast Against Chemicals' hat vor Gericht gegen BAYER Klage erhoben. Das 'Public Interest Advocacy Centre' (PIAC), eine fortschrittliche Anwaltsvereinigung, vertritt die Forderung der Bürger nach einem sofortigen Stop der Ausbaumaßnahmen. Ein Umweltgutachten sowie eine Verträglichkeitsprüfung seien erforderlich gewesen, um den Anlagen-Ausbau genehmigungsfähig zu machen. BAYER AUSTRALIA hätte gegen die australische Umweltgesetzgebung verstoßen. Schließlich werden in North Wyong zahlreiche, in der Bundesrepublik anwendungsbeschränkte oder nicht zugelassene Pestizide, wie z. B. DISYSTON, LEBAYCID, E 605 und NEMACUR, produziert.

Die australische Bürgervereinigung kann mit der weiteren Unterstützung der 'Coordination' rechnen. Die Erfolge der bisherigen Kooperation geben Hoffnung auf einen günstigen Prozeßausgang: Zur Rettung der letzten Naturreservate an der australischen Ostküste! □



R. AH

Investitionen in Uerdingen

Dr. Friedrich Haas, Leiter des BAYER-Werkes Krefeld-Uerdingen hatte sich im Dezember 1989 eigens ins Rathaus bemüht, um die Investitions- und Ausbaupläne "seines" nach eigenen Angaben 7.1 Mrd. DM schweren Werkes mit dem Oberbürgermeister der Seidenstadt, Willi Wahl, zu besprechen.

1989 hat BAYER in Krefeld - Umsatz 1988: 4,5 Mrd. DM bei über 10'000 Beschäftigten - etwa 300 Mio. DM in Neuanlagen investiert, davon 80 Mio. angeblich in den Umweltschutz. Im laufenden Jahr 1990 soll kräftig weiter investiert werden, diesmal 90 Mio. in das, was BAYER "Umweltschutz" nennt.

Was sich in Uerdingen ändern wird, erklärt Werksingenieur Klaus Nickel: "Wir wollen im Zentrum (des Werksgeländes, d. Red.) die emittierenden Betriebe unterbringen, rund um diese herum werden Läger, daran anschließend Sozial- und Verwaltungsgebäude gruppiert."

Im Norden des insgesamt 300 Hektar großen Werksgeländes, an der Grenze zur Stadt Duisburg, sollen zusätzliche Flächen von 80 Hektar Größe - eine Nutzungsgenehmigung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten liegt trotz großen Widerstandes aus der Bevölkerung (vgl. Berichterstattung in SWB) vor - mit neuen Betrieben bebaut werden, während die Produktion "in den alten Betrieben weitergeht".

Neu errichtet wird auch der im Februar 1989 abgebrannte ALKYDAL-Betrieb, ein Betrieb aus dem Bereich der Lackproduktion, der ab 1994 wieder anlaufen soll.

Gerade fertig geworden ist ein 14 Mio. DM teures Auffangsystem, das bis zu 6'500 Kubikmeter belastetes Oberflächenwasser aufnehmen kann und den KollegInnen angeblich vier bis fünf Stunden Zeit einräumt, Schadensursachen zu finden. Erst danach sei die biologische Kläranlage überlastet.

Wie groß das Bedürfnis BAYER's nach öffentlicher Akzeptanz ist, zeigt die Tatsache, daß Dr. Haas ausdrücklich die CHLORKRESOL-Störfälle von 1986/89 (wir berichteten) als Anlaß bezeichnet, Auffangsysteme zu errichten.

Schließlich sollen sieben neue Kühltürme den immensen Kühlwasserverbrauch von derzeit 25'000 Kubikmeter auf immer noch 10- bis 15'000 Kubikmeter pro Stunde reduzieren. Geschlossene Wasserkreisläufe, wie sie u.a. von der 'Coor-

dination gegen BAYER-Gefahren' seit Jahren gefordert werden, kommen in den BAYER-Umweltschutz-Investitionsplänen noch immer nicht vor. □

Imperium..... In eigener Sache

Abteilung Wirtschaftsinformation

Relevante Wirtschaftsinformationen aus über 1000 internationalen Datenbanken, Statistiken, Quellen und Veröffentlichungen, Wörterbüchern, Fachliteratur, Geschäftsberichten, über eine halbe Millionen Artikel - täglich kommen bis zu 300 neue hinzu - erfaßt die neue Abteilung für Wirtschaftsinformation innerhalb der zentralen Marktforschung bei BAYER. Der Konzern rüstet für die Eroberung internationaler Märkte. Und auch zur Absicherung seiner Spitzenposition in der EG.

Die Abteilung Wirtschaftsinformation steht allen in- und ausländischen Tochtergesellschaften des BAYER-Konzerns zur Verfügung. Erklärtes Ziel: "Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit"

Wen wundert, daß in Zeiten der elektronischen Datenverarbeitung und -übermittlung bereits "erste Pilotprojekte im Datenaustausch mit europäischen Tochtergesellschaften vielversprechend durchgeführt worden" sind, wie Dipl. Kaufmann Raimund Kissing, kommissarischer Leiter der neuen Abteilung, erklärt, der schon jetzt über eine weltweite EDV-Vernetzung dieser BAYER-Wirtschaftsdatenbank nachdenkt. Wissen ist Macht! □

CREATIONS AROMATIQUE gekauft

BAYER baut seine weltweit marktbeherrschende Stellung im Bereich der Geschmacks- und Geruchsstoffe weiter aus. Der Konzern übernahm zu einem nicht genannten Kaufpreis die CREATIONS AROMATIQUES mit Sitz in Port Valais/Schweiz in Woodside/USA im Staate New York von der MALLINCKRODT INC. in St. Louis/USA sowie von deren Muttergesellschaft IMC HOLDINGS INC. in Northbrook/Illinois/USA.

Die Unternehmensgruppe CREATIONS AROMATIQUES, die 1988/89 einen Umsatz von ca. 30 Mio. US-Dollar erzielte, produziert seit 20 Jahren in der Schweiz und den USA hochwertige Duft-

öle für die Kosmetik- und die Parfümindustrie und hat Gesellschaften in Frankreich, Großbritannien, Spanien, Brasilien und der Bundesrepublik. In der Schweiz arbeiten ca. 100 KollegInnen. Dort gehört auch der Vertrieb der DRAGOCO-Produkte zu CREATIONS AROMATIQUES.

Die Neuerwerbung, stellt für BAYER eine gute Ergänzung zur 100 %igen Tochter HAARMANN & REIMER dar, einem der größten Geruchs- und Geschmacksstoffhersteller der Welt. CREATIONS AROMATIQUES wird auch nach Eingliederung in die HAARMANN & REIMER-Gruppe ihren Namen beibehalten.

HAARMANN & REIMER, u. a. auch in den USA tätig, erzielte 1988 mit einer Belegschaftsstärke von 1373 KollegInnen einen Gruppenumsatz von 627 Mio. DM. □

LATEX-Kooperation

BAYER kooperiert bei Herstellung, Entwicklung und Marketing von Spezial-Latex-Stoffen für die Papierbeschichtung mit VEITSILUOTO OY, Oulo/Finland. Damit baut BAYER seine marktführende Position auf diesem Spezialmarkt in Europa weiter aus. □

MARSCHALL DAIRY verkauft

Der US-amerikanische BAYER-Ableger MILES hat seine Tochter MARSCHALL DAIRY PRODUCTS an den französischen Chemiekonzern RHONE-POULENC für einen nicht genannten Preis verkauft. Die 275 KollegInnen von MARSCHALL stellen Zusatzstoffe für Molkereiprodukte her und erwirtschafteten 1988 einen Umsatz von weltweit 58 Mio US-Dollar.

MARSCHALL verfügt über Anlagen in den USA und in Europa, dort auch in Frankreich. □

BAYER-Tochter in Korea gegründet

Die Umsätze des BAYER-Konzerns wachsen in Fernost besonders gut. In Korea betragen sie 1988 320 Mio. DM. Tendenz: steigend. Dieser Tatsache wird das Unternehmen ab 01. Januar 1990 gerecht. Die Sektoren Polymere, Organica, Industrieprodukte und Pflanzenschutz werden nicht mehr, wie seit über 30 Jahren, von der

Handelsfirma COSA LIEBERMANN TRADING Ltd., sondern von der neugegründeten eigenen Tochter BAYER KOREA Ltd./Seoul, vertreten.

Die Sektoren Gesundheit und Veterinärmedizin werden weiterhin von eigenen Firmen, BAYER PHARMA (Korea) Ltd. und BAYER VETCHEM (Korea) Ltd., betreut. Ebenso behält die AGFA-GEVAERT-Niederlassung ihren eigenen Namen. □



Strenger VCI-Chef

Der Vorstandsvorsitzende des BAYER-Konzerns Hermann Josef Strenger ist seit 1. Januar 1990 Vorsitzender des 'Verbandes der chemischen Industrie' (VCI). Wie sein Vorgänger Prof. Helmut Sihler von der HENKEL KGaA, nach zwei Amtsjahren turnusgemäß entthront, aber noch immer auf dem Vize-Sessel gemeinsam mit Gert Becker (DEGUS-SA) und Wolfgang Hilger (HOECHST), gehört er zur neuen Generation der Chemie-Hard-Liner. Eher ist Strenger noch gewandter, knallharte Chemie-Politik in mediengerechter Verpackung zu präsentieren. Ist unter seinem Vorsitz bei BAYER doch der Spagat vollbracht worden, daß die Vokabel "Umweltschutz" inflationäre Präsenz genießt, zugleich die Umweltverseuchung durch gesteigerte Chemieproduktion immer weitergeht. Und zugleich werden neue Jahrtausendrisiken wie etwa die Gentechnik auf den Weg gebracht.

Es ist zu erwarten, daß der medien-schnittige und wortgewandte Strenger den VCI umstylen wird. Auch hier wird das von BAYER bekannte pseudoökologische Wortgeklingel verstärkt Einzug halten und das eingeschnappte Trotzverhalten dem jovialen "wir können ja mal gucken" weichen. Lehnte Sihler etwa Ökosteuern, wie sie die SPD und die GRÜNEN fordern, strikt ab, will Strenger unter

gewissen Umständen 'Ja' dazu sagen. Mit sicherem Instinkt wissend, daß nur so angesichts der ständig wachsenden Chemiekritik der Spielraum für BAYER und Co. erhalten bleibt.

Die Umweltbewegung wird sich demnächst einerseits auf eine Verschärfung der Auseinandersetzung, andererseits auf eine Verwischung der Fronten durch einen sich zwar moderater gebenden, aber in den entscheidenden Forderungen - etwa Ausstieg aus der Chlorchemie - knallhart bleibenden VCI einstellen müssen. □

BAYER erweitert Lichtschutzfilter-Geschäft

Die HAARMANN & REIMER Corp., Springfield/New Jersey, US-Ableger der deutschen BAYER-Tochter HAARMANN & REIMER, hat den Lichtschutzfilter-Bereich der FELTON WORLDWIDE Inc., New York zu einem nicht genannten Preis gekauft.

"Mit dieser Akquisition stärkt HAARMANN & REIMER seine Position in diesem Marktsegment in den USA und erweitert die Palette seiner unter dem Handelsnamen NEO HELIOPAN bekannten Lichtschutzfilter", heißt es bei BAYER.

NEO HELIOPAN-Lichtschutzfilter werden im Holzmindener Stammhaus sowie in der Produktionsstätte in Charlston/South Carolina hergestellt. □

KONSTANT
Ökonomie.....
Pestizide

RHEIN-CHEMIE-Bilanz

Die BAYER-Tochter RHEIN-CHEMIE RHEINAU GmbH in Mannheim Rheinau legte ihre Bilanz für das Geschäftsjahr 1988 vor. Die ca. 600 KollegInnen (plus 8,6 %) des Produzenten von Ausgangsstoffen für die kautschukverarbeitende Industrie erarbeiteten einen Umsatz von 238 Mio. DM (plus 7,8 %). Der Absatz nahm dabei led. um 4 % auf ca. 35,4 Tsd. Tonnen zu.

Der offiziell ausgewiesene Gewinn vor Steuern beträgt knapp 21,1 Mio. DM, der nach Steuern 8,1 Mio. DM (+ 15 %). Hiervon wurden 2 Mio. DM an BAYER als alleinige Gesellschafterin ausgeschüttet und 6,1 Mio. DM den Gewinnrücklagen zugeführt. □

AGFA: Gute Positionen im RGW

Die aktuelle Abwandlung eines Zitates von Clausewitz könnte angesichts der weltweiten wirtschaftlichen Erpressung und des besonders aktuellen "Aufkaufs" der DDR lauten: Ökonomie ist die Fortsetzung der Politik mit wirtschaftlichen Mitteln.

Die Veränderungen in den (noch) sozialistischen Staaten bringen die Konzernchefs auch bei BAYER ins Schwärmen. Haben sie doch über Jahrzehnte hinweg genau auf diesen Punkt hingearbeitet. Dr. Klaus Gerlach, Vorstandschef der Leverkusener BAYER-Tochter AGFA GEVAERT AG: "Wir sehen konkrete Möglichkeiten, im gemeinsamen Interesse die Zusammenarbeit mit Partnern im Comecon zu vertärken." In der DDR arbeite man bereits längst mit der Fotochemie ORWO in Wolfen und dem Elektrokombinat ROBOTRON in Karl-Marx-Stadt zusammen. Vielleicht gehört ORWO demnächst zu BAYER...

Auch in der Sowjetunion nimmt das "Engagement" zu. So wurde erst unlängst für umgerechnet 33 Mio. DM ein Magnetbandwerk umgebaut (wir berichteten).

Das "Geschäftsvolumen" mit den sozialistischen Ländern betrug 1989 insgesamt 70 Mio. DM, davon 5 Mio. mit der DDR. □

AGFA-GEVAERT-Bilanz für 1989

Die 30'200 KollegInnen - 400 weniger als im Vorjahr - der deutsch belgischen AGFA-GEVAERT-Gruppe, einer Tochter des BAYER-Konzerns, konnten im Geschäftsjahr 1989 den Umsatz um 7 % auf ca. 7,3 Mrd. DM steigern. Der Gewinn vor Steuern liegt mit 515 Mio. DM etwa auf dem Vorjahresniveau.

47 % des Umsatzes entfiel auf den Geschäftsbereich Graphische Systeme, 30 % auf Foto- und Magnetband sowie Laborgeräte und die übrigen 23 % auf diagnostische Bildsysteme (Röntgen, Prüfverfahren, Mikrographie und Kinofilm).

Die internationale AGFA-GEVAERT-Gruppe, drittgrößter Fotokonzern nach KODAK/USA und FUJI/Japan, tätigte 65 % ihres Umsatzes in Europa, davon wiederum 17 % in der Bundesrepublik und Belgien.

Bei neun von zehn Farbfotos - Wachstumsrate 4 % - sind, international gesehen, AGFA-Geräte beteiligt.

Die Verluste im Bereich der Systeme der Druckvorbereitung, AGFA ist hier Marktführer, konnten 1989 deutlich gesenkt werden.

Innerhalb der BAYER-Geschäftsbereiche steht AGFA-GEVAERT hinsichtlich des Umsatzes an dritter und des Gewinnes an vierter Stelle.

1990 will AGFA - ähnlich wie bereits im Vorjahr - ca. 440 Mio. DM investieren. Zusätzlich 220 Mio. DM sollen in die Werbung gesteckt werden. □

AGFA auf Expansionskurs

Die BAYER-Tochter AGFA stellt längst nicht mehr nur Filme her. Mit einer wachsenden Zahl von Produkten versucht der Fotoriese selbst schwierige Märkte zu erobern.

So will AGFA in Japan seine Filme einführen, um die nahezu uneingeschränkte Marktdominanz des Konkurrenten FUJI zu brechen. Gerlach: "Die Einführung der Filme ist im Rahmen unserer Strategie zu sehen, auf allen großen Märkten der Welt stärker präsent zu sein ..." Die deutsch-belgische AGFA-Gruppe tätigt derzeit in Japan lediglich zwei Prozent ihres Weltumsatzes von 7,3 Mrd. DM. Dafür gehört ihr in Südkorea schon fast 20 % des Kuchens. Daß sich in Japan einiges ändern soll, zeigt auch eine kürzlich eingegangenen Kooperation mit der COPAL COMPANY Ltd./Tokio hinsichtlich der gewinnträchtigen Minifotolabors (wir berichteten).

Etwa 70 % des Umsatzes entfallen auf graphische Systeme, 30 % auf den Film. AGFA will durch "Akzentverschiebungen innerhalb eines insgesamt wachsenden Marktes" den Spezialanteil weiter ausbauen. In den USA, wo AGFA 21 % seines Umsatzes tätigt, werden beispielsweise Laserfotosatz- und medizinische Geräte erfolgreich verkauft. □

BAYER 1989: Beste Geschäfte

Der BAYER-Konzern konnte seinen Vorsteuer-Gewinn im Geschäftsjahr 1989 um 9 % von 3,8 Mrd. DM im Vorjahr auf 4,1 Mrd. DM steigern. Der Umsatz erhöhte sich um 7 % auf stolze 43,3 Mrd. DM (Vorjahr 40,5 Mrd. DM). Erneut Rekorde in der Geschichte der BAYER-Gewinne und -Umsätze.

Doch nicht genug damit. Wie der Vorstandsvorsitzende, Hermann Josef

Strenger, mitteilte, hält der Milliarden-Boom für BAYER an. Der Konzern erwartet für das laufende Jahr ein Umsatzplus von 5 % und ein Ergebnis auf der Basis des "sehr guten Jahres 1989".

Die BAYER-Zinsbelastung ist im vergangenen Jahr auf 300 Mio. DM zurückgegangen. 1981 betrug sie noch 1,6 Mrd. DM. BAYER gibt an, über liquide Mittel von ca. 4 Mrd. DM zu verfügen.

Die Auswertung der Neunmonatsbilanz, die BAYER im November vorlegte (die für das ganze Jahr lag bis Redaktionsschluß leider noch nicht vor), zeigt den Trend der Steigerungen an. Obwohl der Sektor Gesundheit um mehr als 20 % zulegte, jammert Strenger über die Auswirkungen der Gesundheitsreform. Das Herzmittel ADALAT hätte beispielsweise 60 Mio. DM an Umsatz eingebüßt. Strenger: "Der Auffassung, daß wir die Auswirkungen der Reform so ohne weiteres kompensieren könnten, muß ich mit allem Nachdruck entgegentreten."

Auch die anderen BAYER-Sektoren wuchsen, wenngleich weniger stark. So legte der Konzern beim Umsatz im Sektor Organica 12 % zu, im Sektor Landwirtschaft 11 %, bei Industrieprodukten und

Informationstechniken je 7 % und schließlich bei Polymeren immerhin noch 1 %.

Innerhalb Europas konnte das Geschäft um 6 % gesteigert werden. Der bevorstehende Binnenmarkt läßt hier schon bald erheblich größere Zuwachsraten erwarten.

Besonders gut abgeschnitten haben Asien, Afrika und Australien mit 23,5 % Umsatzplus. Dies insbesondere deshalb, weil BAYER die ausbeuterischen Sozialstrukturen vor Ort in Asien und Afrika bei gleichzeitig aggressiven Markteroberungsstrategien zu nutzen wußte.

BAYER hat 1989 mit ca. 2,7 Mrd. DM, davon 1,5 Mrd. in der Bundesrepublik, mehr als jeder andere Chemiekonzern der Welt investiert.

Die Dividende, von 7,- DM 1980 auf DM 12,- im Jahr 1988 gestiegen, werde, das deutete Strenger in anderem Zusammenhang an, auch weiterhin "ertragsorientiert" gestaltet. Somit ist eine Steigerung für das Geschäftsjahr 1989 zu erwarten. Die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' fordert, wie bereits auf den vielen Hauptversammlungen der vergangenen Jahre, die Dividende drastisch auf einen symbolischen Minimalbetrag zu kürzen

und das eingesparte Geld für die Sanierung der BAYER-geschädigten Umwelt, für die Entschädigung der BAYER-Opfer und deren Hinterbliebenen sowie für den Aufbau einer umwelt- und menschenverträglichen, den Umbau zu einer umfassend ökologischen Produktion zu verwenden. □

50 % Steuern

Wenn die BAYER-Oberen über Steuern stöhnen, dann ist das mehr als übertrieben. Einer Auswertung von 440 inländischen Bilanzen durch das MANAGER MAGAZIN zufolge, liegt der durchschnittliche Steuersatz für die Gewinne deutscher Großunternehmen bei nur 53 %.

Während DAIMLER BENZ 63,7 % oder BASF 61,6 % von ihrem Gewinn abführen müssen, kommt BAYER mit mageren 50 % vergleichsweise billig weg.

Stellt man dann noch in Rechnung, daß Bilanzen multinational tätiger Unternehmen ohnehin kaum noch durchschaubar sind, und daß alle erdenklichen Rücklagen und Umwidmungen den tatsächlichen Gewinn um ein Erhebliches zu schmälern vermögen, erscheint die Steuerlast in noch stärker gemildertem Licht. So ermittelt z.B. die 'Coordination gegen BAYER-Gefahren' schon seit Jahren aus der Analyse der BAYER-Bilanzen, daß der offiziell ausgewiesene Gewinn um mindestens 25 % untertrieben ist. Auf diese Weise läßt sich's gut Steuern sparen. □

Schlechtes Ergebnis für NIHON TOKUSHO

Wie erst jetzt bekannt wurde, sank der Umsatz bei NIHON TOKUSHO SEIZOK. K., der für das japanische Pestizidgeschäft zuständigen 50 %ige BAYER-Tochter, im Jahr 1988 von 23,2 Mrd. Yen (ca. 320 Mio DM) um 6 % gegenüber dem Vorjahr. Der offiziell ausgewiesene Gewinn verringerte sich gar um 15 % auf 949 Mio Yen (ca. 13 Mio DM). Diese Entwicklung folgt der insgesamt rückläufigen Entwicklung des BAYER-Pestizidsektors.

Gegenwärtig stehen bei BAYER-Japan mehrere neue Pestizide vor der Zulassung, darunter ein Insektizid, in das große Umsatzhoffnungen gesetzt werden. Es soll zuerst in Frankreich und Südafrika auf den Markt kommen.

Bei NIHON TOKUSHU NOYAKU arbeiten 480 MitarbeiterInnen. □

Bayer: Kompetenz und Verantwortung.



Das Ergebnis des 1. Halbjahres 1989 verspricht die Fortsetzung unseres Geschäftserfolges. Für 1989 konnten wir die hochstid Dividendensumme zahlen, die je eine deutsche Publikumsgesellschaft an ihre Aktionäre ausschüttete. Grundlage dieses Erfolges sind unser wissenschaftliche und technische Kompetenz, die hochentwickelte Produktpalette und unsere weltweite Organisation. Wir sind uns bewußt, daß wir unsere Kompetenz verantwortlich einsetzen müssen. Diese Überzeugung kommt auch in unseren Unternehmens-Leitlinien zum Ausdruck. Dort sind Umweltschutz und optimale Wirtschaftlichkeit als gleichrangige Unternehmensziele festgeschrieben.

DATEN ZUM GESCHÄFT

1989 In den ersten sechs Monaten erhöhte sich der Umsatz Bayer-Konzern um 11,8 Prozent auf 22,620 Milliarden DM. Der Gewinn vor Ertragsteuern stieg um 19,2 Prozent auf 2,220 Milliarden DM.

Der Umsatz der Bayer AG erhöhte sich um 8,4 Prozent auf 10,095 Milliarden DM. Der Gewinn vor Ertragsteuern erreichte mit einem Zuwachs von 18,7 Prozent 1,270 Milliarden DM.

1988 Umsatz Bayer-Konzern 40,468 Milliarden DM. Anteil des Auslandsgeschäfts 78,6 Prozent.

Umsatz Bayer AG 17,852 Milliarden DM. Exportquote 65,6 Prozent.

Investitionen in Sachanlagen Bayer-Konzern 3,145 Milliarden DM, davon 1,818 Milliarden DM in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungskosten Bayer-Konzern 2,460 Milliarden DM, davon in der Bayer AG 1,475 Milliarden DM.

Gewinn nach Steuern Bayer-Konzern 1,909 Milliarden DM. Bayer AG 1,011 Milliarden DM.

Ausschüttung: 12,- DM Dividende je Aktie im Nennwert von 50,- DM. Das sind 761 Millionen DM auf ein gezeichnetes Kapital von 3,17 Milliarden DM für rund 375.000 Aktionäre.

Wir senden Ihnen gerne weitere Informationen zu. Bitte schreiben Sie an die Bayer AG, Konzernverwaltung Öffentlichkeitsarbeit, 5090 Leverkusen.

Bayer Aktiengesellschaft Leverkusen



Unternehmen müssen Gewinn machen. Wir haben die Verantwortung, dabei nicht nur an uns zu denken.

BAYER-Aktie in Stockholm eingeführt

Der Multi BAYER sprengt die Grenzen des nationalen Finanzmarktes der Bundesrepublik. Langfristig wolle man mit der Aktie an allen wichtigen Finanzplätzen der Welt präsent sein, heißt es. Bereits zwölf ausländische Börsen notieren mittlerweile die BAYER-Aktie, so seit dem 01. Februar 1990 auch die schwedische in Stockholm.

BAYER ist bereits seit Jahrzehnten über die BAYER SVERIGE AB und die AGFA GEVAERT AB in Schweden vertreten. Die ca. 500 MitarbeiterInnen der Gruppe erwirtschaften einen Umsatz von über 600 Mio. DM im Jahr. Die Einführung der Aktie, heißt es bei BAYER, soll der wachsenden Bedeutung des Stockholmer Finanzmarktes Rechnung tragen sowie den Bekanntheitsgrad des Unternehmens im Lande vergrößern.

Der Zeitpunkt der Aktieneinführung ist nicht zufällig gewählt worden. Anfang 1989 erst wurde das schwedische Börsenrecht reformiert. Seitdem ist es für schwedische Aktionäre überhaupt erst attraktiv und praktikabel, ausländische Aktien zu erwerben. □

Propaganda

Schauspieler als Messepersonal

Auf der weltgrößten Kunststoffmesse, der K '89 brachte BAYER sie erstmals zum Einsatz: 13 waschechte Schauspieler. Sie hatten nichts anderes zu tun, als das Publikum zum Besuch des BAYER-Messestandes anzuheizen.

Bei BAYER hat jeder Beruf eine Chance, den BAYER-Profit zu fördern. □

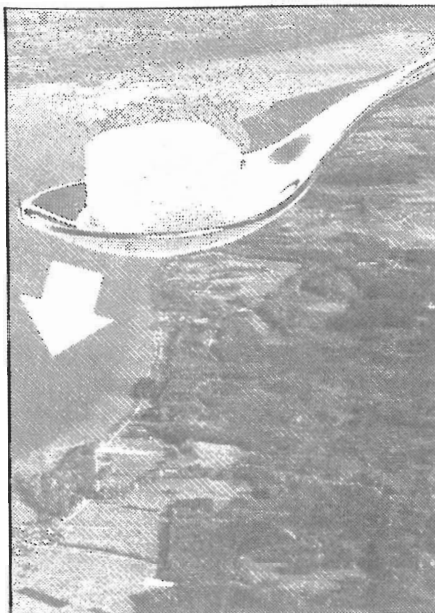
"Hallo Kollegen"

Heiße Eisen wolle man in den bis zu sechs Veranstaltungen pro Jahr aufgreifen: Altlasten, Gentechnik, Tierversuche, Umweltschutz usw.. Dies allgemeinverständlich von "Experten" mit diversen Medien garniert.

"Hallo Kollege", so heißt ein neuer BAYER-Propagandazyklus, der eine bereits bestehende Reihe mit dem Titel "BAYER informiert und diskutiert" weiterführen soll. BAYER wolle "allen Mitarbeitern einen umfassenden Einblick in das

Unternehmen .. ermöglichen". Tatsächlich jedoch scheint es darum zu gehen, verstärkt auftretende Akzeptanzprobleme hinsichtlich der durch die chemische Produktion auftretenden Probleme abzufangen.

"Hallo Kollege" soll die Erfahrungen von "Hallo Nachbar", einer ähnlich ausgerichteten Einrichtung, die sich seit Jahren, mit großem Aufwand an die WerkсанwohnerInnen richtet, nutzen. □



aus: VCI-Umweltbericht 188/89, S. 21

VCI-Umweltbericht 88/89

Der von BAYER, HOECHST und BASF beherrschte Verband der chemischen Industrie (VCI) versteht - klingt echt gut - "Umweltschutz als Verpflichtung und Herausforderung". Das jedenfalls verkündet der alte Verbandspräsident Prof. Dr. Helmut Sihler im Vorwort des "Umweltberichtes 1988/89".

Auf 70 kleinen Seiten finden sich die allbekanntesten, stets mit neuen Angaben aktualisierten Schaubilder, Graphiken und Diagramme. Ihnen zufolge ist die Umweltbelastung bei steigenden Produktionszahlen deutlich gesunken, die Aufwendungen für die Umwelt sind natürlich höher denn je, die einzelnen Belastungsparameter prozentual rückläufig, der Sauerstoffgehalt des Rheins gestiegen usw. usf.

Auf aktuelle Umweltschutz-Herausforderungen wie etwa den dringend erforderlichen und von immer mehr Umweltverbänden geforderten Ausstieg aus der Chlorchemie-Produktion geht der Bericht gar nicht erst ein. Das wird sich sicherlich auch 1990 nicht ändern, wenn H.J. Strenger, der BAYER-Chef, den Vorsitz im VCI hat. □

Wissenschaft/Forschung

Auf Platz 8 bei Umwelt-Patenten

Das Münchener 'ifo-Institut für Wirtschaftsforschung' ermittelte die patentfreudigsten Unternehmen. 43 % der für mehr als ein Land angemeldeten Erfindungen im Umweltschutzbereich kommen dabei aus der Bundesrepublik. Zusammen mit den Japanern, die im Optikbereich Spitze sind, führen die Westdeutschen im Automobilbereich, dem Pflanzenschutz und der Fabrikationsautomatisierung. US-Unternehmen liegen bei Bio-, Gesundheits- und Werkstofftechnik vorne.

Überall mit von der Partie ist der BAYER-Konzern als multinationales Unternehmen, das seine Forschungsschwerpunkte den Länderspezifika anpaßt. So ist, um nur ein Beispiel zu nennen, das Engagement des Konzerns in Sachen Gentechnik in den USA am stärksten.

Der ifo-Statistik zufolge liegt BAYER weltweit auf Platz 8 der patentfreudigsten Unternehmen. Das Spitzentrio wird von den Japanern CANON, HITACHI und MATSUSHITA ELECTRIC gebildet.

Die Frankfurter BAYER-Schwester HOECHST rangiert immerhin einen Platz hinter BAYER. □

Politik

NRW-F.D.P.-Landtagsfraktion tagt bei BAYER

Am 30. Januar 1990 tagte die nordrheinwestfälische F.D.P.-Landtagsfraktion im Elberfelder BAYER-Kasino. Zum zweiten, öffentlichen Teil der Veranstaltung mit dem Titel "Industriestandort NRW" war auch die Presse geladen. "Stichwort: BAYER" hat die angestregte Lobbyarbeit des Konzerns in Sachen Gentechnik, denn darum ging es fast ausschließlich, mitverfolgt.

Prof. Hulpke Leiter des AGS

BAYER's oberster Umwelt-Lobbyist, Prof. Dr. Hérwig Hulpke, Leiter der Umweltschutzabteilung bei BAYER, vorher

Anzeige



Aus dem Dickicht treten -

Werben in
"Stichwort: BAYER"

"Stichwort: BAYER"-LeserInnen tan-
ken bleifrei. Sie lieben Wald und Flur
... und die Natur.

Ihre umweltgerechten Produkte in-
teressieren sie röhrend! Mit einer
Anzeige an dieser Stelle treten Sie
aus dem Dickicht hervor. Dies übri-
gens derzeit dann besonders preis-
günstig, wenn Sie eine Spalte für ein
ganzes Jahr, also in sechs Ausga-
ben, erwerben.

Rufen Sie uns an. Wir beraten Sie
gerne. Auch bei der Herstellung einer
marktgerechten Druckvorlage.

Tel. 0211 216018 .

Leiter des BAYER-Pestizidzentrums, hat seinen umfangreichen Kommissionsman-
daten ein weiteres hinzugefügt. Er ist zum
Vorsitzenden des Ausschusses für Gefah-
renstoffe (AGS) beim Bundesarbeitsmini-
ster, der auch das Umweltministerium berät,
gewählt worden. Damit nimmt ein weiter-
es Mal BAYER selbst Einfluß auf rele-
vante Normen, die eigentlich vor BAYER
schützen sollen. □

Orden für R. Löchner/ BAYER do Brasil

Der Präsident von BAYER DO
BRASIL, Rolf Löchner, erhielt aus den
Händen des deutschen Botschafters in Bra-
silien, Heinz Wilhelm Dittmann, das Ver-
dienstkreuz erster Klasse des Verdienstor-
dens der Bundesrepublik Deutschland. Die
Auszeichnung wurde Löchner aufgrund
seiner Verdienste als Vorsitzender der bra-
silianisch-deutschen Handelskammer von
1986 bis 1988 sowie "für ein entschiede-
nes Eintreten für eine freie Wirtschaft"
zuerkannt, heißt es bei BAYER. □

Kampfstoffe.....
Kirche.....
Kunststoffe.....

BAYER-Einflußnahme auf Pfarrer

Daß BAYER auf Entwicklungen im
kirchlichen Raum immer wieder Einfluß
zu nehmen versucht, belegen nicht nur die
Fälle Geisler und Pustowka. (vgl. u. a.
SWB 1-2 89)

Neben anderen inoffiziellen und of-
fiziellen Kontakten besteht in Schleswig
Holstein eine "Gesprächsrunde", zu der
sich einmal im Jahr insgesamt 50 Vertre-
terInnen der Kirche und der Wirtschaft
treffen. Dabei geht es keineswegs nur um
Hoch-Geistliches. "Arbeit und Freizeit -

Arbeit und Ruhe" lautete das Thema des
Treffens Ende 1989, an dem auch der
damalige Umweltschutzbeauftragte des
Brunsbütteler BAYER-Werkes, Dr. Ul-
rich Gefarth, teilnahm.

Es darf vermutet werden, daß Gef-
arth gegen die häufig in kirchlichen Krei-
sen anzutreffende Auffassung von der strik-
ten "Sabbathruhe" argumentiert hat. Dies
jedenfalls sei, einer BAYER-Mitteilung
zufolge, "Streitfrage" gewesen. Der Nien-
dorfer Probst Rolf Christiansen habe eini-
ge Eindrücke der Zusammenkunft auch
direkt in seiner nächsten Predigt verarbei-
tet - hieß es. □

Der Schere zum Opfer gefallen?

Die 'Coordination' gegen BAYER-
Gefahren' hat, wie berichtet, am konzilia-
ren Prozeß in der evangelischen Kirche
nicht unerheblichen Anteil. Immerhin heißt
es in der Bundesschlußerklärung von
Knechtsteden (29.10.89): "... Wir halten
es also für erforderlich, daß die chemische
Industrie vermehrt Mittel einsetzt, um um-
weltverträgliche Alternativen zur Chlor-
chemie weiter zu entwickeln und anzu-
wenden. Wir bitten die BAYER AG als
das größte Unternehmen in unserer Re-
gion, in dieser gemeinsamen Anstrengung
die Initiative zu übernehmen." □

Bei der Darstellung des konziliaren
Prozesses allerdings hat die Mitarbeit der
Coordination bislang weitgehend keine
Berücksichtigung gefunden. So moniert
etwa Friedel Geisler, Vorstandsmitglied
der Coordination, beim Trägerkreis des
"Ökumeneschiffes gegen den Strom", daß
eine Dokumentation zu Pfingsten 1989
"ohne Bezugnahme auf die Chemiekriti-
kerInnen am ... BAYER-Konzern ... abge-
faßt ist".

Die Mitglieder des Leitungskreises
der 'Solidarischen Kirche im Rheinland',
Andreas de Kleine und der Pfarrer Fried-
helm Meyer, schreiben in einer ähnlichen
Angelegenheit an den Oberkirchenrat i. R.
Jürgen Schroer, seinerzeit Moderator eines
Chemieforums, an dem neben der Coordi-
nation auch eine Gruppe 'Christen in der
Chemie' aus Leverkusen teilnahmen. Eine
von Schroer diesbezüglich angefertigte Do-
kumentation werde der Brisanz der Aus-
einandersetzung nicht gerecht. Auch habe
die Coordination unsachgemäßweise
keinerlei Erwähnung gefunden.

Eine Antwort des Trägerkreises
Ökumeneschiff sowie ein Gespräch zwi-
schen de Kleine, Meyer und Schroer ste-
hen noch aus. □

Anzeige

Forum
Recht

Rechtspolitisches Magazin für
Uns und soziale Bewegungen!
Heft 4/1989: Schwerpunkt
Umweltrecht
Probe-Abo (2 Hefte für 5
Mark, ohne Verlängerung)
Schein oder Scheck an:
RECHT & BILLIG VER-
LAG, Falkstr. 13, 4800 Biele-
feld 1, Tel. (05 21) 6 76 96